

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail info@fdp.ch Internet www.fdp.ch	Inserate Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 925 50 60 Fax 01 925 50 77 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch	Layout/Druck NZZ Print Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
---	---	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

25. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Inhalt

FDP-Fest in Olten

Am Samstag,
21. Juni 2003.

3

**Vogel-Strauss-Politik
gefährdet die Rentensicherheit**

FDP fordert Diskussion über Zukunft der Sozialwerke

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Renten der heutigen Bezüger sicher sind und dass auch die künftigen Rentnerinnen und Rentner auf eine sichere Altersvorsorge zählen können.

Von Christian Weber,
Pressechef FDP Schweiz

Wer den Kopf in den Sand steckt, die Tatsachen ver-

leugnet und die Diskussion über Lösungen verweigert, riskiert den Kollaps der Sozialwerke. Diese verantwortungslose Politik, die bloss auf kurzfristige Wahl-

erfolge abzielt, ist scheinheilig – die Schweizer Bevölkerung hat Besseres verdient.

Die Sozialwerke benötigen bis 2010 zusätzlich 22 Milliarden Franken und zwischen 2010 und 2025 weitere 29 Milliarden Franken zusätzlich. Dieser Mehrbedarf resultiert aus der de-

mographischen Entwicklung. Noch kommt auf vier Werktätige ein AHV-Bezüger. In einer Generation wird dieses Verhältnis zwei zu eins betragen. Dies hängt damit zusammen, dass die Geburtenrate in den vergangenen Jahren

Fortsetzung auf Seite 2

Wahlplattform

In einer Auflage von über 70 000 Exemplaren präsentiert die FDP Schweiz nach der Seite 4 ihre Wahlplattform 2003.

5

Forschung

Europäische Frauenunion stellt Fachhochschulen vor.

21

Sommer-Uni

Vom 18. bis zum 22. August findet in Neuenburg diese traditionelle Weiterbildungsmöglichkeit statt.

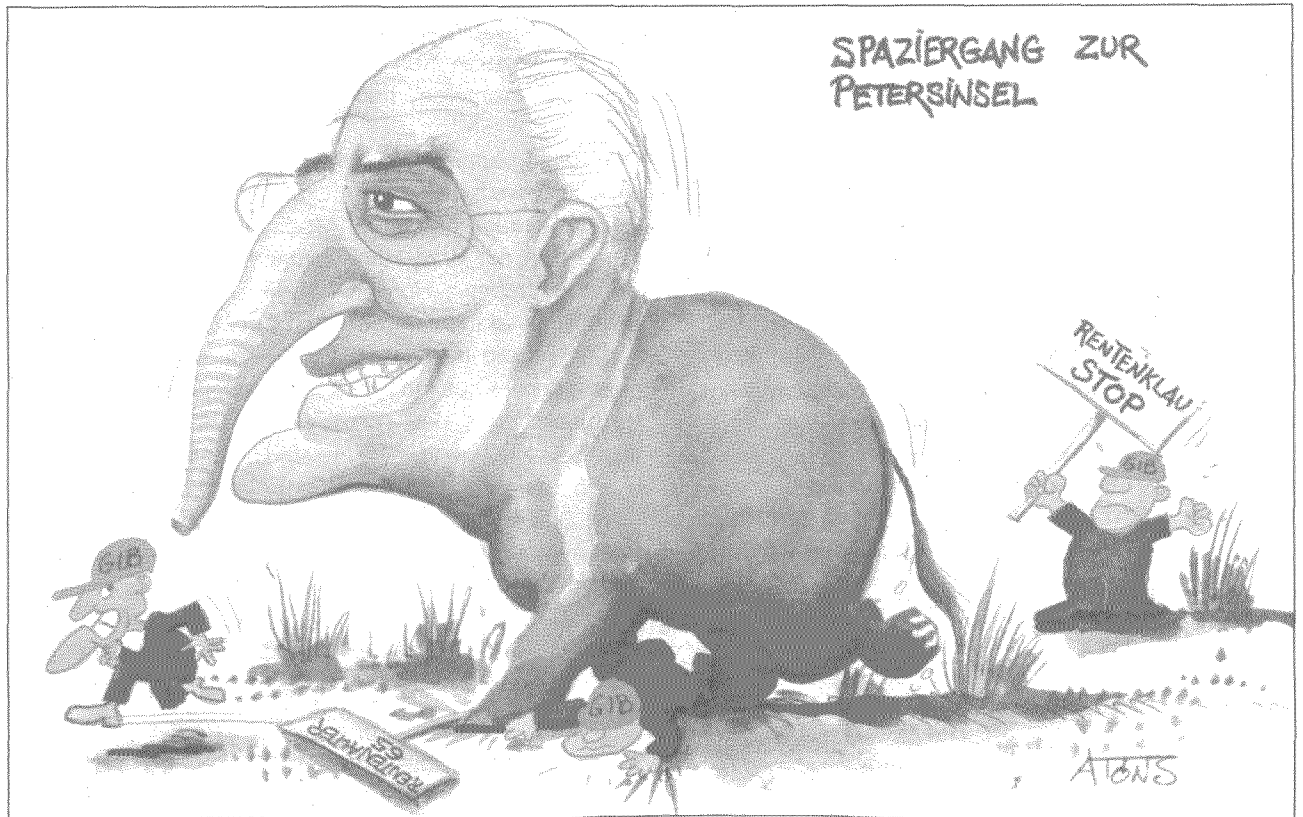
22

Anzeige

Innotherm
Öl-Kondensationsheizungen erreichen einen Wirkungsgrad von 103%.



Innotherm AG - Talackerstr. 14 - 8274 Tägerwilen
Telefon 071 669 28 82 - Fax 071 669 28 87



Fortsetzung von Seite 1

deutlich abgenommen hat. Gleichzeitig können wir erfreulicherweise immer einen längeren Lebensabend geniessen. Wer diese Realitäten heute nicht wahrhaben will, belügt die Bevölkerung. Wenn für die anderen Parteien und die Gewerkschaften die Wahrheit in einem Wahljahr unbequem ist und die Probleme lieber verschoben werden, ist das für die Schweiz schlecht. Damit wird die Rentensicherheit aufs Spiel gesetzt.

Die vorgeschlagenen Massnahmen zum Erhalt der Rentensicherheit sind eine wichtige Diskussionsgrundlage. Die Schweiz hat die Chance, die anstehenden Probleme der Sozialversicherungen frühzeitig zu diskutieren und bereits heute Lösungen zu prüfen. Damit werden unverantwortliche Feuerwehübungen wie im benachbarten Ausland unnötig. Bezüglich Rentenalter steht für die FDP eine Flexibilisierung im Vordergrund – nach oben und nach unten. Die Wirtschaft ist gefordert, entsprechende Modelle zu entwickeln. Auf Grund der Alterung der Bevölkerung drohen massive Steuererhöhungen und eine untragbare Belastung der aktiven Generation und des Mittelstandes, wenn längerfristig auf eine Anpassung des Referenzalters für den Rentenbezug verzichtet würde. Die Erhöhung des Regelrentenalters ist einige Jahre vor Inkrafttreten zu beschliessen, damit die Betroffenen ihre Vorsorgeentscheidungen in Kenntnis der Situation fällen können. Die FDP verlangt eine gesetzlich ver-

bindliche Überprüfung des Anpassungsschritts wenige Jahre vor Inkrafttreten. Wenn nicht nötig, wäre die Anpassung zu verschieben oder ganz auszusetzen. Klar ist, dass all jene, welche zum heutigen Zeitpunkt älter als 54 Jahre oder bereits Rentner sind, von keinem Anpassungsschritt betroffen sein werden. Auch diese Generationen haben

aber ein grosses Interesse an einer langfristig gesicherten Finanzierung der Sozialwerke.

Konkrete Massnahmen sind auch bei der Invalidenversicherung notwendig. Die Zahl der IV-Bezügerinnen und -Bezüger ist in den vergangenen Jahren drastisch angestiegen.

Wenn nun die Linke die Situation schamlos beschö-

nigt, die Gewerkschaften einen Ausbau der Sozialwerke fordern und bereits Kampfmassnahmen androhen, machen sie deutlich, dass ihnen die Rentensicherheit egal ist. Sie nehmen bewusst in Kauf, dass die junge Generation gegen die alte ausgespielt wird und dass nicht nur die Renten, sondern auch der Zusammenhalt der Schweiz

gefährdet werden. Kein Problem löst die Forderung der SVP, auf jegliche Sicherungsmassnahmen zugunsten der Sozialwerke zu verzichten. Vor drei Jahren forderte ebendiese SVP Rentenalter 68. Weder die Situation der Sozialwerke noch die Wirtschaftslage haben sich unterdessen verbessert – aber es ist Wahljahr. ■

JF kündigen Generationenvertrag

Finanzierbarkeit der Sozialversicherungen unsicher

Der Bund gibt pro Jahr über 100 Mrd. Franken für die Sozialwerke aus. Das sind mehr als 26% des Bruttoinlandsproduktes. Auf Grund der demographischen Entwicklung und der Aussichten des Wirtschaftswachstums wird diese Zahl noch weiter zunehmen!

Von Daniel Helfenfinger,
Präsident Jungfreisinnige Schweiz (jfs)

Das Schlimme ist, dass die Ausgaben der meisten Sozialwerke stärker zunehmen als die entsprechenden Einnahmen. Es wird ein Defizit geschaffen, welches auf das nächste Jahr und auf die kommenden Generationen überwältzt wird. Der Sozialstaat wurde unter Bundesrätin Dreifuss stetig ausgebaut. Die Sozialwerke sind deshalb einer nachhaltigen Reform zu unterziehen.

Drohender Reformstau

Gemäss dem «Bericht über eine aktualisierte Gesamt-

schau des finanziellen Mehrbedarfs der Sozialversicherungen» des EDI vom 17.5.2002 benötigen wir bis 2010 einen Mehrbedarf von 4,1 MWSt-Prozenten und bis 2025 zusätzliche 4,6%. Dies entspricht einem Mehrbedarf von gegen 25 Mrd. Franken. Dadurch würde die MWSt auf insgesamt 16,3% erhöht!

Die Schweiz überaltert und gerät in die demographische Falle. Diese Entwicklung zieht insbesondere bei den Sozialwerken gravierende Probleme nach sich.

Die demographische Entwicklung führt des Weiteren dazu, dass nötige Reformen an der Urne keine Chance haben. Notwendige Massnahmen wurden bisher auf die lange Bank geschoben. Dies in der Hoffnung, dass das Wirtschaftswachstum die Probleme ganz von alleine löse. Bisher hat sich das Parlament vornehm vor der undankbaren Weichenstellung gedrückt, und es schiebt die Probleme auf die künftigen Generationen

ab! Dazu sagen die Jungfreisinnigen Schweiz: Nein danke!

Kündigen des Generationenvertrages

Handeln ist dringend erforderlich. Als Vertreter der jungen Generation, und somit als künftige Rentenbezieher, sehen wir uns gezwungen, den Generationenvertrag zu kündigen! Der heutige Generationenvertrag ist einseitig und ungerecht. Wir verlangen, dass die Rechte und Pflichten für die Generationen neu definiert und angepasst werden. Nur so kann der Sozialstaat weiterhin seinen Pflichten als Leistungserbringer nachkommen. Dies zum Wohle eines echten und gerechten Generationenvertrages!

Also soll gelten:

Die Sozialversicherungen sind – unter Berücksichtigung der demographischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten – langfristig und nachhaltig zu sichern, um so einer echten Generationengerechtigkeit Rechnung zu tragen. Von

einem Leistungsausbau ist abzusehen.

Es gilt, in aller Deutlichkeit festzuhalten, dass wir jfs den älteren Generationen für den geleisteten Einsatz und die Arbeit zum Wohle der Schweiz dankbar sind. Es ist ihnen zu verdanken, dass wir Jungen so gute Zukunftsaussichten haben. Die jfs bringen den älteren Generationen nicht nur Dankbarkeit, sondern auch Respekt entgegen. Sie haben zum Wohlstand der Schweiz beigetragen. Die oben genannten dramatischen Veränderungen zwingen uns jfs, den Generationenvertrag zu kündigen! Wir tun dies, weil wir Verantwortung gegenüber dem Staat und jedem Einzelnen von uns übernehmen.

Als konstruktive Jungpartei sind wir bereit, den notwendigen Dialog zwischen den Generationen in Bezug auf die Sozialwerke zu suchen und zu führen und uns für einen nachhaltigen Sozialstaat einzusetzen, um einen gerechten Generationenvertrag auszuhandeln! ■

« Herzlich willkommen zum FDP-Fest in Olten! »

Organisatorische

Anmeldeschluss
Freitag, 6. Juni 2003

Kosten
Fr. 75.00 inkl. Nachkassen (ohne Getränke)
und SBB-Billett, 1. Klasse Wohnort – Olten retour
(Bezahlung am Eingang)

Situationsplan
So finden Sie das Stadttheater und Kulturzentrum Olten:



Kontakt
Michel Fischer E-Mail fischer@fdp.ch
FDP Schweiz Telefon 031 320 35 35
Postfach 6136 Telefax 031 320 35 00
3001 Bern



www.fdp.ch

www.fdp.ch



Freiheit und Verantwortung.

Freiheit und Verantwortung.

Liebe Parteifreunde:
sehr geehrte Damen und Herren

Freisinnige feiern die Feste, wie sie fallen.

Am Samstag, 21. Juni, wollen wir in festlicher Atmosphäre zusammen mit Ihnen Kontakte über die Kantonsgrenzen hinaus festigen, erste Wahlkampferfahrungen austauschen und den freisinnigen Familiengeist aufleben lassen. Auch die beiden freisinnigen Bundesräte feiern mit.

Wir möchten Sie, Ihre Partnerinnen und Partner, Ihre Freundinnen und Freunde aus den Orts- und Kantonalparteien und Ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus den Wahlkampfteams herzlich zu einem geselligen Abend mit einigen besonderen Höhepunkten einladen.

Freisinnige Frauen und Männer aus allen Landesteilen kandidieren im Herbst für einen Sitz im National- oder im Ständerat. In Olten haben wir die besondere Gelegenheit, uns gegenseitig kennen zu lernen.

Willkommen und bis bald!

FDP SCHWEIZ
Die Präsidentin:

Christiane Langenberger
Ständerätin

Der Generalsekretär:

Guido Schommer

Programm

ab 18:30 **Aperitif im Foyer**
ab 19:00 **Begrüssung**
Ruedi Nützi,
Präsident der FDP des Kantons Solothurn
Christiane Langenberger,
Präsidentin der FDP Schweiz

Musikalische Untermalung
Rutishuser & Co. aus Olten

Vorspeise

Tischrede
Bundesrat Kaspar Villiger

Hauptspeise

Verteilung der KIMU-Oscars 2003
Bundespräsident Pascal Couchepin

Dessert

75 Jahre Jungfreisinnige Schweiz
Tanz und gemutliches Beisammensein
Rutishuser & Co.

Bis in die frühen
Morgenstunden

Durch den Abend führt Sie Eva Nietlisbach Jaeger,
Nationalratskandidatin FDP St. Gallen.

Für Ihre Agenda/wichtige Termine 2003

- 30. August 2003, grosser Wahl-Kick-off in Basel, Messe Basel
- 19. Oktober 2003, National- und Ständeratswahlen

Die FDP im Wahljahr: 3. Teil

Themen im Vordergrund

Das Volk hat am 18. Mai zum letzten Mal vor den eidgenössischen Wahlen mit einer Abstimmung zu nationalen Themen Stellung beziehen können.

Von Michel Fischer,
GS FDP Schweiz, Bern



Michel Fischer

Mit eindrücklichen Resultaten hat sich die Schweiz für eine funktionsfähige und moderne Armee und gegen nicht finanzierbare Initiativen ausgesprochen. In der Kampagne der FDP Schweiz geht es nun darum, in den wichtigen Themenbereichen die Position der FDP der Bevölkerung nahe zu bringen.

Die Haltung der FDP hat sich bei der Abstimmung vom 18. Mai eindrücklich bestätigt. Nehmen wir die Abstimmungen der letzten Legislatur als Gradmesser: In 44 von 46 Vorlagen ist das Schweizer Stimmvolk den Parolen der FDP Schweiz gefolgt, so häufig wie bei keiner anderen Partei. Die FDP lag damit sogar näher beim Stimmvolk als der Bundesrat. Will die Schweizer Bevölkerung, dass dieser sachpolitische Weg auch im Parlament eingeschlagen wird, gibt es keine andere Möglichkeit, als die FDP auch bei den Wahlen zu stärken. Ansonsten droht die Gefahr, dass am Volk vorbei Entschiede gefällt werden, welche nicht im Sinne der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sind, denn nicht über alle Vorlagen wird am Ende auch durch

das Volk abgestimmt. Viele wichtige Entschiede werden im Parlament beschlossen.

Themenschwerpunkte der FDP

In einer Kampagne können nicht alle Themenbereiche abgedeckt werden. Und so forciert die FDP drei politische Schwerpunkte: Arbeitsplatzsicherheit, Rentensicherheit und Bürgersicherheit. Diese sind bereits in der Wahlplattform zentrale Punkte. Noch im Mai hat die FDP begonnen, zu diesen drei Schwerpunkten Inserate zu schalten. Zudem ist auch eine Plakatkampagne, welche noch im Juni starten wird, auf diese drei Themen ausgerichtet.

Drängende Probleme zu erkennen ist das eine, Lösungen dazu zu finden das andere. Die FDP ist überzeugt, dass sie Lösungen präsentieren kann, welche der Schweiz nicht nur jetzt, sondern auch langfristig nutzen werden. Damit setzt sich die FDP nicht einfach für das Bewahren des Ist-Zustands ein, sondern trägt den Entwicklungen

Rechnung, damit auch in Zukunft in der Schweiz die Arbeitsplätze sicher, die Renten garantiert und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sind. Um diese Themen in die Öffentlichkeit zu tragen, legt die FDP in den Inseraten die Ziele ihrer Politik dar. Natürlich können Inserate nicht alle politischen Inhalte wiedergeben. Hinter den Aussagen in den Inseraten steckt jedoch viel programmatische Arbeit, welche sich in Positionspapieren und natürlich in der Wahlplattform niedergeschlagen haben.

Aufbau der Kampagne

Die Schweiz droht ausgebremst zu werden. Grossen Anteil daran tragen die anderen Parteien, welche mit ihrer Politik die Entwicklung der Schweiz hemmen. Deshalb hat die FDP ihre Inserate in zwei Bereiche aufgeteilt. Unter dem Titel

«Schlecht für die Schweiz» zeigt die FDP auf, in welche Richtung sich die Schweiz entwickeln wird, sollten sich die falschen Kräfte durchsetzen. Daneben geht es zur Hauptsache darum, dass sich die FDP über die eigenen Lösungsvorschläge definiert. Diese erhalten daher gebührend Platz in den Inseraten.

Nicht auf den Lorbeeren ausruhen

Ziel der Kampagne ist, dass die FDP mit «Mehr Arbeitsplatzsicherheit», «Mehr Rentensicherheit» und «Mehr Bürgersicherheit» in Verbindung gebracht wird. Darüber hinaus ist die politische Umsetzung der Forderungen voranzutreiben. Gefordert sind wir hier auf nationaler, kantonaler und lokaler Ebene. Dann sind die Aussagen in den Inseraten glaubwürdig.

Mit Inseraten und Plakaten

können keine Wahlen gewonnen werden. Sie unterstützen, bringen die Partei in die Öffentlichkeit und zeigen die Position der FDP auf. Doch entscheidend wird sein, wie sich die FDP, insbesondere die Kandidatinnen und Kandidaten, in der Öffentlichkeit präsentieren. Wir haben die thematische Grundlage, um an Veranstaltungen und mit der Bevölkerung über mehr als nur Zahnbürsten zu diskutieren. In einem Wahljahr interessiert sich die Bevölkerung verstärkt für die Politik und die Positionen der Parteien. Nutzen wir das Wahljahr, um unsere Positionen den Wählerinnen und Wählern näher zu bringen. Wichtige Diskussionen müssen jetzt geführt werden. Nutzen wir diese Chance und zeigen wir unsere Positionen auf. Schneiden wir erfolgreich ab, denn das ist besser für die Schweiz. ■

Über den roten Teppich ins Bundeshaus!

Einladung zum Wahl-Kick-off der FDP-Frauen Schweiz

Freitag, 4. Juli 2003, von 12.00 bis 14.00 Uhr
auf dem Bundesplatz in Bern

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

30. August 2003:

Wahl-Kick-off der FDP Schweiz in Basel!



Freisinnig-Demokratische Partei

**Im Einsatz für Freiheit
und Verantwortung.**

Besser für die Schweiz.

**Wahlplattform
2003**

**Verabschiedet von der ordentlichen
Delegiertenversammlung
der FDP Schweiz
am 14./15. März 2003 in Zürich**



*Parteileitung der FDP Schweiz und
die Leitung der FDP-Fraktion der Bundesversammlung:
Marianne Kleiner, Vizepräsidentin FDP Schweiz;
Felix Gutzwiller, Vizepräsident FDP-Fraktion;
Ruedi Noser, Vizepräsident FDP Schweiz;
Christiane Langenberger, Präsidentin der FDP Schweiz;
Fulvio Pelli, Präsident der FDP-Fraktion;
Guido Schommer, Generalsekretär der FDP Schweiz;
Gabriele Gendotti, Vizepräsident der FDP Schweiz;
Erika Forster, Vizepräsidentin der FDP-Fraktion.*

1. Erfolgsmodell Schweiz – eine freisinnige Leistung

Sie, liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger, und Millionen von fleissigen Händen und klugen Köpfen in Vergangenheit und Gegenwart haben ein Land aufgebaut, auf das wir stolz sein können. Ausgeprägter Schutz der Privatsphäre und der persönlichen Freiheit, hoher Lebensstandard für breite Schichten, ein leistungsfähiges, allen zugängliches Bildungswesen, eine gut ausgebaute Infrastruktur, geordnete Staatsfinanzen bei vergleichsweise niedriger Steuerbelastung, sichere Sozialwerke: Diese und viele andere Errungenschaften zeichnen unser Land aus. Erreicht werden konnten sie dank einer freiheitlich-liberalen Staats- und Gesellschaftsordnung sowie dank vorausschauender Politik. Sie legen Zeugnis ab von der Fähigkeit, den Wandel immer wieder anzunehmen und mitzugestalten und die notwendigen Veränderungen umzusetzen. Die moderne Gesellschaft ist eine Tatsache: Wir leben im 21. Jahrhundert, und Familien, Schule und Berufsalltag haben heute ein anderes Gesicht als noch zu Albert Ankers Zeiten. Damit sind auch die staatlichen Aufgaben andere als vor 200 Jahren. Die Freisinnigen haben sich ohne Unterbruch für die Verwirklichung und Weiterentwicklung dieses Erfolgsmodells Schweiz eingesetzt. Es ist eine der historischen Errungenschaften des Freisinns, dass es ihm gelungen ist, einen Staat zu schaffen, der hauptsächlich auf der Bürgernähe beruht. Ein Land zudem, das Chancen für alle ermöglicht.

Für die Freisinnigen müssen die Politik, die öffentlichen Institutionen und unser Staat vor allen Dingen die Freiheit einer und eines jeden ermöglichen. Weil uns diese Freiheit am Herzen liegt, fühlen wir uns verantwortlich für diesen Staat.

Ebenso wichtig wie die Freiheit ist die Verantwortung. Freiheit und Verantwortung bedingen einander gegenseitig. Was die Schweizerin-

nen und Schweizer vereint, ist die Tatsache, dass wir Bürgerinnen und Bürger dieses Staates sind. Wir alle sind zuallererst Bürgerin und Bürger und nicht Konsument oder Steuerzahlerin, Mann oder Frau, junge oder alte Personen, Deutschschweizer, Romand, Tessiner oder Rätoroman. Um diese Schweiz, unsere Schweiz, zu bewahren, haben sich die Freisinnigen stets gegen alle Tendenzen gewehrt, unser Land zu spalten – ungeachtet, dass sich diese Spaltpilze nun auf eine Zugehörigkeit zu einer speziellen Gemeinschaft oder zu einer sozialen Klasse berufen haben.

Unser Land steht an einer Wegscheide. Das Erfolgsmodell Schweiz wird zunehmend in Frage gestellt: Diejenigen Kräfte, die aus ideologischen oder rein machtpolitischen Gründen die Schwächung unseres Landes und die Missachtung der Interessen seiner Bürgerinnen und Bürger leichtfertig in Kauf nehmen, dürfen die Wahlen nicht gewinnen. Die Abkehr von den oben beschriebenen schweizerischen Werten und Prinzipien können und wollen wir nicht ak-

zeptieren. Die Freisinnigen stellen sich gegen jede Form von politischem Extremismus, weil dieser die Entwicklung der Gesellschaft blockiert.

2. Teilnahme an Wahlen wird immer wichtiger

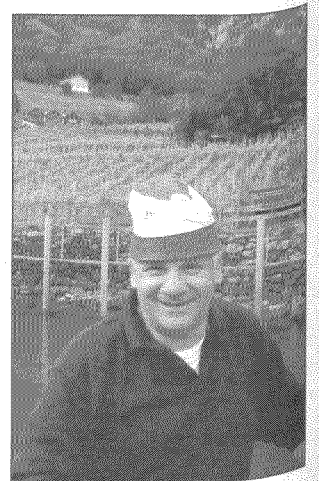
Wir wollen es nicht zulassen, dass die antibürgerlichen und antiliberalen Kräfte künftig gemeinsame Mehrheiten im Parlament bilden und unser Land blockieren. Einzelne Beispiele zeigen, wohin dann die Reise gehen würde: Die Koalition des Stillstands hat in Kauf genommen, dass die Schweiz keinen geordneten Strommarkt hat. Diese unheilige Allianz schert sich nicht um die langfristige Sicherung der Sozialwerke. Wir setzen dieser Allianz unser liberales Konzept von Freiheit und Verantwortung entgegen. Wir Freisinnigen präsentieren weder Wunderrezepte noch unhaltbare Versprechen. Wir wenden uns an freie, kritische, verantwortliche Bürgerinnen und Bürger, die von der Politik erwarten, dass sie sich in ihren Dienst stellt und dass sie ihnen Auswahlmöglichkeiten bietet.

Das Schweizervolk steht hinter der FDP

Lobby der Bürgerinnen und Bürger

Die Schweizerinnen und Schweizer haben in dieser Legislatur über 46 Vorlagen abgestimmt. Bei 44 Vorlagen entsprach das Resultat der FDP-Parole. Keine andere Partei und nicht einmal der Bundesrat kann eine solche Bilanz vorweisen. Die freisinnige Politik für Freiheit und Verantwortung wird vom Schweizervolk unterstützt. Das Schweizervolk wurde in der Legislatur 1999–2003 zu insgesamt 46 Vorlagen befragt. Die Volksrechte als zentraler Bestandteil der Schweizer Demokratie werden weiterhin rege genutzt. 44-mal vertrat die FDP die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, 44-mal steht dahinter viel Informations- und Überzeugungsarbeit. Bei 21 Abstimmungen oblag auf bürgerlicher Seite die Federführung der Abstimmungskampagne der FDP. Keine andere Partei übernahm so viel Verantwortung und leistete damit einen zentralen Beitrag zum demokratischen Meinungsbildungsprozess. Die 21 Vorlagen mit FDP-Federführung wurden vom Stimmvolk allesamt im Sinne der Parolen entschieden – zuletzt Armee und Bevölkerungsschutz XXI und die SP-Gesundheitsinitiative. Diese drei Vorlagen schlossen mit den klarsten Ergebnissen ab.

Die Bürgerinnen und Bürger haben es am 19. Oktober in der Hand, jene Kräfte zu stärken, die ihre Sachpolitik und ihre Interessen vertreten, oder aber die Koalition des Stillstands zu bevorzugen.



Der Zuger Ständerat Rolf Schweizer steht nicht nur im Rat zu seiner Meinung, sondern dokumentiert auch in der Freizeit, dass er hinter den FDP-Farben steht.

Im Parlament werden viele wichtige Entscheide gefällt. Die Bedeutung des Parlaments nimmt eindeutig zu, immer mehr Entscheidungen des Parlaments sind definitiv, es kommt zu immer weniger Referenden.

Das alles zeigt: Es geht bei den nächsten eidgenössischen Wahlen nicht um kleine Kurskorrekturen, es geht um die Ausrichtung unserer Gesellschaft und unseres Staates für die Zukunft. Das Schweizervolk hat am 19. Oktober 2003 Gelegenheit, Gegensteuer zu geben und die liberale Bürgerlichkeit zu stärken. Indem es die FDP stärkt. Indem es Freiheit und Verantwortung stärkt.

3. FDP: Im Einsatz für Freiheit und Verantwortung

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, die FDP, kämpft für eine bürgerliche Politik auf liberalem Fundament. Sie stellt den Respekt gegenüber der Bürgerin und dem Bürger ins Zentrum ihrer Politik. Sie steht für Toleranz und einen weltoffenen Patriotismus. Sie kämpft seit der Gründung der modernen Schweiz 1848 für die Werte Freiheit und Verantwortung. Die FDP ist und bleibt im Einsatz für diese Schweiz.

Die Freisinnigen stehen für die Freiheit ein, weil dies die Bedingung für die Entfaltung eines jeden ist; für die Verantwortung, weil jeder Herr seines Schicksals sein möchte; für die Toleranz, weil alle Bürgerinnen und Bürger in Recht und Würde gleichberechtigt sind; für den Patriotismus, weil die Schweizerin und der Schweizer zu Recht stolz auf ihre Geschichte und ihre Institutionen sind.

Ereignisse wie der Fall der Berliner Mauer 1989, der Zusammenbruch des Kommunismus, die Terrorwelle des 11. September 2001, aber noch viel mehr die Informationsvernetzung und die Öffnung der Märkte beweisen, wie dramatisch sich die Welt verändert. Die FDP nimmt diesen Wandel an, denn er ist Realität. Dieser Wandel

verlangt gestaltende Entscheide. Als liberale, verantwortliche Kraft gestalten wir die Zukunft aktiv mit. Dabei geht es nicht um willfährige Anpassung an Modetrends. Es geht darum, als kleines, wirtschaftlich starkes Land selbstbewusst und souverän gegenüber aussen und innen aufzutreten und die Herausforderungen anzugehen. Wir brauchen die starke Regierungspartei FDP. Überlassen wir den anti-bürgerlichen und anti-liberalen Problemverschiebern und Problemverneinern die Mehrheit, droht ein Lösungstau: Das Notwendige wird verschoben, das Unmögliche verlangt.

4. Koalition des Stillstands bedroht Freiheit und Verantwortung

Freiheit und Verantwortung gehören zu den grundlegenden Werten unserer schweizerischen Gesellschafts- und Staatsordnung. In der Bundesverfassung steht: «Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit»¹ und «Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.»²

Anti-bürgerliche Kräfte wie die SP schränken die Freiheit ein: Sie versuchen, die Bürgerinnen und Bürger immer stärker zu bevormunden und ihre Wahlfreiheit einzuschränken. Sie sind bereit, das Prinzip der Selbstverantwortung aufzugeben: Sie wollen masslose Geschenke machen, endlos Geld umverteilen und nehmen dabei bedenkenlos in Kauf, dass die Steuerlast für den Mittelstand ins Unerträgliche steigt. Zum Beispiel die Mehrwertsteuer auf mehr als das Doppelte. Sie wollen den Arbeitsmarkt überreglementieren und behindern damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Sie wollen unzählige Konjunkturprogramme und sind bereit, dafür Milliardendefizite im Bundeshaushalt zu akzeptieren. Sie wollen eine Politik, die aus Basel die Pharma, aus dem Arc lémanique die Bio-

technologie sowie aus Zürich, Genf und Lugano die Banken vertreiben. Wir Freisinnigen lassen das nicht zu.

Antiliberalen Kräfte wie Teile der SVP isolieren unser Land und verhalten sich verantwortungslos: Sie wollen Mauern in unseren Köpfen und um uns herum verankern, Veränderungen werden verteufelt. Sie wittern in der gegenseitigen Öffnung der Märkte nur Nachteile. Selbst die bilateralen Verträge lehnen sie ab, obwohl die Schweizer Wirtschaft jeden zweiten Franken im Ausland verdient. Statt Landesinteressen zu vertreten, erheben sie den Status quo zum Credo und unterstellen jedem Veränderungswilligen eine unschweizerische Grundhaltung. Sie betreiben Daueranklage gegen verantwortliche, im Einsatz stehende politische Kräfte, um Missmut, Griesgram und Verdrossenheit zu fördern. Sie verhängen sektenartige Denkverbote. Wir Freisinnigen lassen das nicht zu.

Wenn Antibürgerliche und Antiliberalen zusammenspannen, droht der Schweiz die Blockade. Man verlangt das Unmögliche und verschiebt das Notwendige. Man erwartet, dass man alles bekommt und dass sich nichts verändert. Dieser Koalition des Stillstands ist eine klare Absage zu erteilen.

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999

Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit.

Art. 10 Abs. 2

Jede Person nimmt Verantwortung für sich selbst wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.

Art. 6

5. Die freisinnigen Grundwerte

Folgende Werte aus dem Liberalen Manifest von 1990 sind und bleiben uns Richtschnur für die konkrete politische Arbeit:

¹ Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, Art. 10 Abs. 2.

² Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, Art. 6.



Das Bundeshaus

1. die Würde des Menschen
2. die persönliche Freiheit
3. die Verantwortung gegenüber Mitwelt und Nachwelt
4. die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt
5. die gelebte und lebendige Demokratie
6. die soziale Marktwirtschaft

Für die Freisinnigen misst sich die gesamte Politik an der Art und Weise, wie die Würde und die Freiheit des Menschen beachtet werden. Unsere Verantwortung gegenüber der Umwelt und den künftigen Generationen verpflichtet uns, keine Entscheide zu fällen oder zu unterlassen, welche die Freiheiten der künftigen Generationen belasten. Unser Respekt vor der kulturellen Vielfalt zeigt, dass wir für eine Gesellschaft eintreten, die offen ist, damit jede und jeder seinen eigenen Beitrag einbringen kann. Die Demokratie, die wir aufgebaut haben, ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern eine direkte Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten. Die soziale Marktwirtschaft schliesslich garantiert den Wohlstand und die soziale Gerechtigkeit, welche die Würde der Schwachen schützt.

Die FDP legt ein Programm vor, welches die Stärken des Erfolgsmodells Schweiz aufnimmt und die Mängel beseitigt. Sie setzt sich dafür ein, dass in den grossen Themen unseres Landes genauso wie in den Details der Verordnungen liberal-bürgerliche Standpunkte umgesetzt werden. Denn so wird die Schweiz zu einer Chancengesellschaft, ein Land der Chancen für alle Bevölkerungsschichten.

6. Mehr Chancen für die Schweiz: Die Schwerpunkte des Programms

6.1 Damit die Schweiz wirtschaftlich erfolgreich bleibt: Chancen auf neue Arbeitsplätze dank Wachstum und sozialer Marktwirtschaft

Die materielle Sicherheit ist erste Voraussetzung für die Freiheit. Wenn heute niemand mehr die Marktwirtschaft in Frage stellt, so liegt dies daran, dass sie den Beweis erbracht hat, dass sie der beste Garant ist für einen Wohlstand für alle. Da die Freisinnigen jeder Bürgerin und jedem Bürger ermöglichen wollen, sein Leben mit den eigenen Mitteln zu gestalten, geben sie die Priorität der Schaffung von Arbeitsplätzen.

■ Arbeitsplätze sichern das Einkommen der Schweizerinnen

und Schweizer. Hauptziel der freisinnigen Wachstumspolitik ist eine hohe Beschäftigung und eine niedrige Arbeitslosigkeit; die FDP setzt sich für flexible Arbeitsmärkte ein.

■ Die Schaffung von mehr Wettbewerb nach innen und nach aussen ist eine zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe. Die Instrumente zur Bekämpfung von Missbräuchen marktbeherrschender Stellungen und von unzulässigen Absprachen sind zu stärken.

■ Der Mittelstand und die kleinen und mittleren Unternehmen sind zusammen mit den Unternehmen des Werk-, Finanz- und Forschungsplatzes das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Sie bringen auch in Zukunft Innovation und Wachstum. Neugründungen sind gezielt zu erleichtern und die Standortbedingungen für bestehende Unternehmen zu verbessern.

■ Die FDP setzt sich für die Sanierung des Bundeshaushalts ein. Ausserordentliche Erträge sind zwingend zum Schuldenabbau zu verwenden. Spielraum aus den laufenden Rechnungen ist zum gezielten Steuerabbau für Private und für Unternehmen zu verwenden.

■ Die Schuldenbremse ist ohne Abstriche umzusetzen; sie ist eine Chance für die Setzung von Prioritäten. Die Zunahme der Bundesausgaben darf das Wirtschaftswachstum nicht länger übersteigen.

■ Die FDP will Auslandsmärkte für Schweizer Unternehmen weiter öffnen. Zusätzliche bilaterale Verträge sind strikt auf die Landesinteressen auszurichten; Standortvorteile sind zu erhalten und auszubauen. Die FDP bekämpft jede Schwächung dieser Vorteile – zum Beispiel eine allfällige Preisgabe der Privatsphäre durch die Aufweichung des Bankkundengeheimnisses – nötigenfalls per Referendum.

■ Die FDP steht zur Mobilität. Bewegungsfreiheit ohne freie



Der Anteil der aktiven Frauen wird auch in der Politik immer höher.



Die FDP will die Postmärkte öffnen und die gute Qualität erhalten.



Wenn alle Familien in der Schweiz gleich viele Kinder hätten wie diese Familie und jene von Bundespräsident Couchepin, wären die Diskussionen um die demografische Entwicklung nicht nötig.

Wahl der Verkehrsmittel ist undenkbar. Die letzten fünf und die kommenden fünf Jahre investiert(e) die Schweiz Milliarden in den Ausbau der Eisenbahn. Die FDP setzt sich gleichzeitig für das Schliessen von Engpässen und Lücken im Strassenbau ein.

- Die FDP will, dass in allen Regionen der Schweiz die Grunddienstleistungen (Post, Telecom, Energie) in guter Qualität und zu vernünftigen Preisen verfügbar sind. Die Kommunikationsgewohnheiten haben sich verändert. Die wettbewerbsfähigen Märkte sind privaten Anbietern zu öffnen, wenn diese die Versorgung gewährleisten. Die FDP will die Postmärkte öffnen und verlangt die sofortige Öffnung der letzten Meile in der Telekommunikation.

6.2 Damit Köpfe und Hände leistungsfähig bleiben: Chancen dank Bildung und familienfreundlichen Strukturen

Die Gleichstellung aller Bürgerinnen und Bürger in diesem Land ist ohne Chancengleichheit undenkbar. Die Qualität des Bildungswesens hat für die Freisinnigen eine absolute Priorität, da die kommende Generation die Mittel haben muss, aus ihren Möglichkeiten das Beste zu machen. Eine qualitativ hochstehende Bildung ist nicht nur Voraussetzung für ei-

nen nachhaltigen Wohlstand, sondern auch für die Gewissheit, dass auch die kommende Generation durch Arbeit und soziale und politische Aktivitäten eine freie Gesellschaft erhalten kann. Die Bildung ist auch das beste Gegenmittel zu sozialen Ungerechtigkeiten, da sie jedem erlaubt, seine Lebensqualität zu verbessern.

- Die FDP hat gegen Ende des 19. Jahrhunderts die obligatorische Volksschule durchgesetzt und damit den Grundstein für einen beispiellosen Bildungsstand geschaffen – vom Kindergarten bis zum Berufs-, Fachhochschul- oder Universitätsabschluss. Um in der internationalen Spitzengruppe zu bleiben, müssen unsere Kinder flexibel und früher als heute eingeschult werden. Leistungsfördernde und wertevermittelnde Schulbeurteilungen sind auf allen Stufen zu verankern, damit die Schule aufs Leben vorbereitet.

- Die FDP anerkennt die Vielfalt der Formen des familiären Zusammenlebens. Sie verdienen steuerliche Gleichbehandlung. Die Unternehmen sind aufgefordert, Erwerbsarbeit und Weiterbildung beider Elternteile durch gezielte Unterstützung von familienexternen Betreuungsplätzen zu ermöglichen. Die FDP will die landesweite Durchsetzung von Blockzeiten innert spätestens 4 Jahren (nötigenfalls durch eine bundesweite Rege-

« Mehr
Arbeitsplatzsicherheit! »»

BESSER FÜR DIE SCHWEIZ!

www.fdp.ch

FDPO

Freiheit und Verantwortung

« Mehr
Rentensicherheit! »»

BESSER FÜR DIE SCHWEIZ!

www.fdp.ch

FDPO

Freiheit und Verantwortung



Diese Wanderer praktizieren Eigenverantwortung. Statt mit der Rega bringen sie ihren verletzten Bergkameraden in einer Schubkarre zur nächsten Station des öffentlichen Verkehrs.

« Mehr Bürger- sicher- heit! »»

BESSER FÜR
DIE SCHWEIZ!

www.fdp.ch

FDP

Freiheit und Verantwortung. Freisinnig-Demokratische Partei

- lung), da dies die Organisation des Alltags für berufstätige Eltern erheblich erleichtert.
- Die FDP setzt sich für lebenslange Weiterbildung ein. Verantwortungsvolle Unternehmer bieten ihren Mitarbeitern schon heute Weiterbildungsanreize. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Weiterbildungskosten und eine vorausschauende Personalpolitik sorgen dafür, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Puls der Zeit bleiben.
 - Die FDP setzt sich für die Forschungsfreiheit ein. Wo die Forschung in sensible Bereiche vorstösst, zum Beispiel in der Gentechnologie oder bei der Stammzellenforschung, braucht es Regeln statt Verbote. Jede allfällige Einschränkung kann nur und ausschliesslich auf Grund der Freiheit und der Würde des Menschen begründet werden. Die weltweit besten Köpfe sollen in der Schweiz forschen. Die Grundlagenforschung braucht genügend Mittel und eine bessere Koordination und Konzentration. Bildung und Forschung sind auf Bundesebene in einem Departement zusammenzufassen.
 - Forschung und Entwicklung ermöglichen zusätzliche Arbeitsplätze in der Spitzentechnologie. Die FDP will die Ansiedelung solcher sowie bestehende Unternehmen gezielt begünstigen und Hürden abbauen, damit der Technologietransfer zu den KMU funktioniert, damit der Wohlstand gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen werden können.

**6.3 Damit Gesundheit und
Vorsorge sicher und
bezahlbar bleiben: Jetzt
umsichtig handeln und
Chancen bieten**

Unsere sozialen Institutionen haben Strukturen, welche die Epoche widerspiegeln, in der sie entstanden sind. Wenn es sich zeigt, dass sie auf Grund der demographischen oder sozialen Veränderungen nur noch unvollständig das Ziel einer Umverteilung für die Schwachen erreichen, sind die bestehenden Mechanismen ohne Vorurteile zu überdenken. Die Schwachen von heute sind nicht mehr zwingend dieselben wie jene vor einem halben Jahrhundert. Das schweizerische Gesundheitswesen produziert Leistungen von hoher Qualität, ist aber sehr teuer. Das anhaltende Wachstum der Gesundheitskosten ist am kritischen Punkt, wo das gesamte Gesundheitssystem unter Druck gerät. Der Geist der Bürgerverantwortung, den die Freisinnigen hier einbringen, steht dabei im Gegensatz zur linken Ideologie. Die FDP will, dass sich Sparsamkeit und Zurückhaltung bei der Verschreibung und beim Konsum medizinischer Leistungen wieder lohnen. Die freie Arztwahl der Patienten ist zu erhalten. Die FDP unterstützt die Lockerung des Vertragszwangs für die Leistungserbringer im Gesundheitswesen und die Stärkung der Selbstverantwortung. Fragwürdige Massnahmen wie das Berufsverbot für junge Ärztinnen und Ärzte sind aufzuheben. Die langfristige Sicherung unserer Sozialwerke und die Solidarität zwischen den Generationen stehen im Zentrum der freisinnigen Sozialpolitik. Wenn wir nicht handeln und die Wirtschaft nicht mehr wächst, braucht es zur Erhaltung der heutigen Leistungen des Sozialversicherungssystems den Gegenwert von über 8 zusätzlichen Mehrwertsteuer-Prozenten – und das bereits 2010! Die FDP will deshalb eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum fördert und eine Sozialpolitik, die den aktiven Generationen keine unzumutbaren Belastungen aufbürdet. Die berufliche und die private Vorsorge sind steuerlich zu begünstigen. Die freiwillige Teilzeitarbeit der über 65-Jährigen ermöglicht es zudem, das Erfahrungspotenzial der älteren Generation zu nutzen und den älteren Menschen, welche ihren Beruf weiterhin ausüben möchten, einen flexibleren Übertritt in den Ruhestand zu ermöglichen.

6.4 Damit die Schweiz selbstbewusst und sicher bleibt: Ein Zusammenspiel von Aussenpolitik, Migration, Integration und Sicherheitspolitik

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sicher sein und sich sicher fühlen können. Dies ist eine Grundvoraussetzung für ein Leben in Würde und für einen prosperierenden Lebens- und Wirtschaftsraum. Zu den Kernaufgaben des Staates gehört nach Auffassung der FDP deshalb die Gewährleistung einer umfassenden Sicherheit. Dazu zählen die Durchsetzung von Gesetz und Ordnung, der Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität sowie der Schutz des Eigentums.

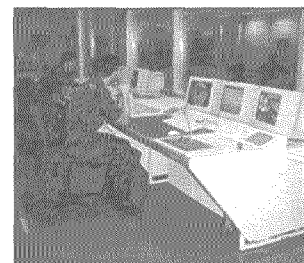
Die Schweiz richtet ihre Politik der Einwanderung von ausserhalb der EU an den Landesinteressen aus. Die Personen, die sich bei uns niederlassen, um Asyl zu finden oder zu arbeiten, haben sowohl Rechte als auch Pflichten. Diejenigen, die unsere Gemeinschaft bereichern, haben Anrecht auf unseren Respekt und unseren Dank. Diejenigen hingegen, welche unsere Gesetze nicht respektieren oder unsere humanitäre Tradition missbrauchen, dürfen nicht von unserer Toleranz profitieren.

- In einer stabilen Welt ist auch die Schweiz sicher. Innerhalb der Weltgemeinschaft und in der Uno soll die Schweiz ihre Interessen und Erfahrungen auf internationalem Parkett einbringen sowie als neutraler Mitgliedstaat die Politik der Guten Dienste fortführen und nach Kräften dazu beitragen, dass der Friede gesichert wird.
- Eigeninteressen müssen wirkungsvoll gewahrt werden. In der Aussenpolitik ist selbstbewusste Vertretung der Landesinteressen oberster Leitsatz. Die Schweiz ist umgeben von Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die FDP will den bilateralen Weg der Schweiz weiter beschreiten. Er dient unseren wirtschaftlichen Interessen und respektiert die direkt-

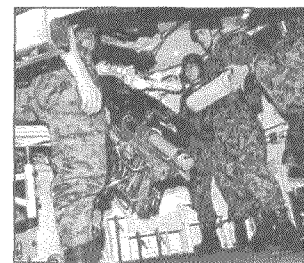
demokratischen Besonderheiten der Schweiz. Der Alleingang ist illusorisch, der EU-Beitritt steht gegenwärtig nicht zur Diskussion.

- Friede braucht Schutz. Die FDP will eine moderne Milizarmee, welche die Schweiz umfassend schützt, einen Beitrag zur Sicherheit in nahen Krisenregionen leistet und im Inland hilft, wenn Not herrscht. Für äussere und innere Sicherheit ist ein gemeinsames Departement zu schaffen.
- Anrecht auf Sicherheit haben alle. Die FDP will sie auch im Alltag der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Sichtbare Polizeipräsenz ist ein Mittel dafür. Das Strafmass bei Verbrechen gegen Leib und Leben ist zu erhöhen.
- Die FDP steht zur humanitären Tradition der Schweiz – echt Verfolgten aus aller Welt muss Zuflucht gewährt werden. Die Schweizer Einwanderungspolitik hat sich an den Landesinteressen auszurichten. Wirtschaftliche Notwendigkeit und die Integrationsbereitschaft der Personen sind Voraussetzungen für eine Aufnahme.
- Der Familiennachzug von Einwanderern mit Aufenthaltsgenehmigung soll im Interesse der Geborgenheit bereits im Kindesalter erfolgen. Nachgezogen werden können bis maximal 12-jährige Kinder.
- Wer schweizerische Regeln und Gesetze missachtet und unsere humanitäre Tradition missbraucht, darf nicht mit unserer Toleranz und Geduld rechnen. Die FDP verlangt deshalb strikte Kriterien zur Beurteilung von Aufenthaltsgesuchen sowie eine spürbare Verschärfung der Integrationsleistungen der Einwanderer: Fordern und Fördern! Das Erlernen einer Landessprache ist ein Muss.
- Wer unsere Asylpolitik missbraucht, um kriminelle Machenschaften zu pflegen, darf nicht mit Toleranz rechnen. Die Hand-

lungsfähigkeit des Rechtsstaates muss gewährleistet werden. Die Behandlungsfristen bei Asylbewerbern müssen verkürzt und der Vollzug der Entscheidung verbessert werden.



Um dem Umweltschutzgedanken gerecht zu werden, kommen immer häufiger computergesteuerte Simulatoren zum Einsatz.



Wehrmänner beim Laden eines Geschützes.

7. Die Schweiz braucht eine starke Regierungspartei, sie braucht mehr Freisinn

Die FDP hat einen Leistungsausweis, der sich sehen lassen kann. Im bewährten Schweizer System der Konkordanz gibt es keine starren Koalitionen. In jeder einzelnen Sachfrage hat die FDP ihre eigene, liberal-bürgerliche Position. Für diese Position steht sie ein, ohne Wenn und Aber. Die FDP setzt ihre Inhalte durch – nötigenfalls mit der Unterstützung durch jene Kräfte, die in der konkreten Sachfrage der freisinnigen Position am nächsten kommen. Die FDP muss so stark werden, dass sie aus eigener Kraft noch mehr als heute erreichen kann. Dazu

benötigt sie mindestens ein Viertel der Sitze und mindestens ein Viertel der Stimmen. Deshalb scheut sie sich auch nicht, klar zu sagen, dass sie stärker werden will. Die Schweiz braucht mehr FDP.

Im Gegensatz zu den antibürgerlichen und antiliberalen Kräften steht die FDP zu ihrer Rolle als Regierungspartei und nimmt Verantwortung wahr. Die Schweiz braucht umso mehr die einzige noch erkennbare Regierungspartei – die FDP.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, nehmen Sie die eidgenössischen Wahlen 2003 ernst: Gemeinsam mit Ihnen wollen wir unser Land weiterbringen: freiheitlich, ver-

antwortlich, solidarisch, tolerant. Es geht darum, das Erfolgsmodell Schweiz gegen antibürgerliche und antiliberalen Angriffe weiterzubringen. Helfen Sie mit! Wir danken Ihnen schon heute dafür. FDP. Freiheit und Verantwortung: Mehr Chancen für die Schweiz.

8. Unsere Standpunkte 2003–2007 im Detail

8.1 Damit die Schweiz wirtschaftlich erfolgreich bleibt: Chancen auf neue Arbeitsplätze dank Wachstum und sozialer Marktwirtschaft

8.1.1 Die Regeln

- Die Wirtschaftsteilnehmer (Konsumenten, Arbeitnehmer, Unternehmer, Investoren) sind von bürokratischen Zwängen zu entlasten; im Gegenzug wird von ihnen mehr Mut zur Selbständigkeit und ein verantwortungsvoller Umgang mit der Wirtschaftsfreiheit erwartet. (Freiheit und Verantwortung)
- Unternehmensgründungen (Jungunternehmer) und Firmen, die Arbeitsplätze schaffen, sollen einen höheren Stellenwert in der Wirtschaftspolitik erhalten. Im Gegenzug bauen wir darauf, dass junge (und ältere) Menschen die Chancen der Selbständigkeit ergreifen und die Bedeutung des Unternehmertums von allen anerkannt wird. (Unternehmerpolitik)
- Die Produktequalität liegt im gemeinsamen Interesse der Konsumenten und der Wirtschaft. Produkte sollen die Umwelt so wenig wie möglich belasten und die Information der Konsumenten so umfassend wie möglich sein. Im Gegenzug müssen die Konsumenten selbst ihre Wahlfreiheit und ihren Einfluss als Konsumenten nutzen. Nur so können sich Qualität und Umweltverträglichkeit auf dem Markt durchsetzen. (Konsumentenpolitik)
- Leistung soll auf dem Arbeitsmarkt belohnt werden; im Gegenzug wird Leistungsbereitschaft erwartet. Wer arbeiten kann, soll angebotene Arbeit auch annehmen. Zudem sollen das Können und die Erfahrung älterer Arbeitnehmer genutzt und ihre Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. (Arbeitsmarkt)
- Niedrige und wachstumsfreundliche Steuersätze für Unternehmer, Investoren und Bürger fördern die finanzielle Selbstbestimmung und bringen mehr Dynamik; Bürgerinnen und Bürger dürfen im Gegenzug erwarten, dass alle auch die Steuern entrichten, die ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechen. (Steuerpolitik)

« Mehr Arbeitsplatzsicherheit! »

BESSER FÜR DIE SCHWEIZ!

www.fdp.ch

FDP 

Freiheit und Verantwortung

« Sichere Arbeitsplätze dank Wachstum! »

Schlecht für die Schweiz:

SP und Gewerkschaften wollen masslos Geld umverteilen und fordern neue Milliarden-defizite. Damit treiben sie die Steuerlast für den Mittelstand bedenkenlos weiter in die Höhe. Sie verhindern neue Arbeitsplätze durch immer neue Reglemente und Gesetze. Ihre Denkverbote und Moratorien würgen Unternehmertum ab. Statt neue Märkte zu erschliessen, suchen die anderen Parteien das Heil in der Abschottung. Die Politik der anderen Parteien zerstört Arbeitsplätze.

Dagegen wehrt sich die FDP.

Gut für die Schweiz:

Eine leistungsfähige Wirtschaft nützt allen. Dafür braucht es eine tiefere Steuerbelastung, die Sanierung der Bundeskasse, mehr Wettbewerb, weniger Verbote und Gesetze. Ein ausgezeichnetes Bildungsangebot schafft gleiche Chancen auf Wohlstand für alle. Unsere Schweizer Unternehmen sind angewiesen auf freien Handel z.B. mit den Wachstumsstaaten von Zentral- und Südeuropa.

Dafür setzt sich die FDP ein.

« Unsere Politik schafft neue Arbeitsplätze und sichert bestehende. Dafür setzt sich die FDP ein! »



Christiane Langenberger,
Präsidentin FDP Schweiz

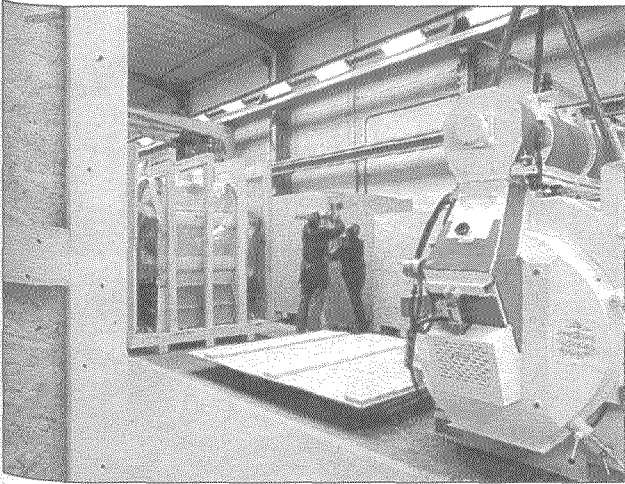
www.fdp.ch

FDP 

Freisinnig-Demokratische Partei

BESSER FÜR DIE SCHWEIZ!

Freiheit und Verantwortung.



Ein Walzwerk einer Schweizer Firma wird für den Export bereitgestellt.



Die FDP Schweiz legt ihre Schwerpunkte auf die Bereiche Bürger-, Arbeitsplatz- und Rentensicherheit.



8.1.2 Die Massnahmen

8.1.2.1 Aussenwirtschaft

1. Die Erweiterung der EU auf die Wachstumsstaaten in Mitteleuropa soll von der Schweiz genutzt werden, um die Vorteile der bilateralen Abkommen entsprechend zu vergrössern. Mit der Ausdehnung aller Abkommen (inkl. Personenfreizügigkeit) auf die neuen EU-Mitglieder ist das gesamte Vertragswerk dauerhaft zu sichern. Die Resultate der zweiten bilateralen Verhandlungen müssen auch der Schweizer Wirtschaft nützen.
2. Das Bankkundengeheimnis wird verteidigt. Dies ist für die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz zentral.
3. Weitere Freihandelsabkommen müssen im Interesse der Schweizer Wirtschaft abgeschlossen werden.
4. Die Zollabfertigung ist zu erleichtern.

8.1.2.2 Arbeitsmarkt

5. Keine Fesseln für Arbeitnehmer. Weitere Anstellungseinschränkungen werden bekämpft.
6. Die Lohnnebenkosten sind tief zu halten, nicht zuletzt auch um die Schwarzarbeit zu bekämpfen.
7. Arbeit muss sich wieder lohnen. Die steuerliche Belastung der Arbeitseinkommen ist zu senken.
8. Gesetzliche Mindestlöhne werden abgelehnt. Lohnverhandlungen sind Sache von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.
9. Wer will, soll auch nach 65 weiterarbeiten können – die heutigen Hindernisse sind abzubauen.
10. Die Schweiz kann sich keine zusätzlichen Anreize für Frührentierungen leisten.

8.1.2.3 Wettbewerb / KMU-Politik

11. Kartelle schaden der Wirtschaft. Das Kartellgesetz ist rasch umzusetzen, damit die Preise sinken.
12. Die FDP setzt sich ein für gleich lange Spiesse für alle Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen im schweizerischen Binnenmarkt.

13. Noch aufwendigere Lohnausweise müssen verhindert werden.
14. Die administrativen Hürden für die KMU sind abzubauen.
15. Neu gegründete, angesiedelte und bestehende Unternehmen sind administrativ und steuerlich zu entlasten.
16. Es sind One-Stop-Stellen für KMU-Neugründungen in den Kantonen zu schaffen.
17. Einspracheverfahren, welche Investitionen mutwillig verzögern oder verhindern, sind wachstumsfeindlich und müssen terminsicher gemacht und gestraft werden.

8.1.2.4 Finanzen und Steuern

18. Die Ausgabensteigerung der öffentlichen Haushalte muss über einen Konjunkturzyklus hinaus unter dem Wirtschaftswachstum liegen.
19. Die Ausgaben- und Defizitspirale muss durchbrochen werden. Auch auf Bundesebene ist das Ausgaben veto des Volkes einzuführen.
20. Alle Subventionen sind konsequent zu befristen, Unnötige sind aufzuheben. Eine Verlängerung ist auf Grund klarer Kriterien möglich.
21. Steuersenkungen zur Entlastung der Familien und des Wohneigentums sind umzusetzen.
22. Eine wachsende Zahl der Bürgerinnen und Bürger soll in den eigenen vier Wänden wohnen können. Dafür sind Anreize zu schaffen.
23. Ausgeschüttete Gewinne sind nicht mehr doppelt zu besteuern.
24. Die Unternehmensnachfolge (insbesondere innerhalb von Familien) bei KMU ist zu erleichtern.
25. Der Neue Finanzausgleich, insbesondere die neue Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, ist im Interesse der optimalen Nutzung des Steuerfrankens durchzusetzen.
26. Ein Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen führt zu häuslicherem Umgang mit den kantonalen Kassen und ist daher zu erhalten.

8.1.2.5 Kapitalmarkt

27. Die Transparenz-Vorschriften für börsenkotierte Unternehmen haben sich an den weltweit führenden Standards auszurichten.

28. Die Aufsicht über die Pensionskassen muss erheblich verbessert werden.

29. Auch bei Unternehmen, die nicht an der Börse kotiert sind, müssen die Transparenz und der Schutz der Minderheitsaktionäre verbessert werden.

30. Revisionsfirmen dürfen nicht mehr gleichzeitig in denselben Unternehmen als Berater tätig sein.

31. Wer Bilanzen manipuliert, muss härter bestraft werden.

8.1.2.6 Service public und Verkehr

32. Der Elektrizitätsmarkt ist zu öffnen.

33. Der Gasmarkt ist zu öffnen.

34. Der Monopolbereich der Post beim Briefverkehr muss auf 100 g gesenkt werden.

35. Die Unternehmen des Service public haben die Grundversorgung zu gewährleisten.

36. Verkehrsstaus richten grossen wirtschaftlichen Schaden an. Die Engpässe sind deshalb zu beheben. Die aktuelle Verkehrsforschung bezüglich Individualverkehr ist zu berücksichtigen.

37. Die zweite Gotthardröhre muss aus Sicherheitsgründen gebaut werden.

38. Die Autobahn-Teilstücke Zürich-Bern und Genf-Lausanne sind auszubauen.

39. In den Städten und Agglomerationen ist der öffentliche Verkehr zu fördern.

40. Im Bahnverkehr muss die Schweiz an die internationalen Hochgeschwindigkeitsstrecken angebunden werden.

41. Die zweite Etappe Bahn 2000 muss rasch realisiert werden.

42. Der Gütertransport auf der Bahn ist zu vereinfachen und voranzutreiben.

43. Die Schweiz braucht Flugverbindungen in die ganze Welt, soweit dafür eine Nachfrage besteht.

44. Neue, schnellere Verbindungen des öffentlichen Verkehrs zwischen den grossen Schweizer Agglomerationen sind zu entwickeln.

45. Beim alpenquerenden Verkehr müssen unsere Nachbarstaaten an Lösungen mitarbeiten.

8.1.2.7 Energie- und Umweltpolitik

46. Für die Reduktion der CO₂-Emissionen wird auf Freiwilligkeit gesetzt. Neue Abgaben kommen erst als letztes Mittel zum Einsatz.

47. Die freie Wahl der Energiequellen ist zu erhalten. Einseitige Förderung einzelner Energieträger ist abzulehnen.

48. Die Kernenergie ist mit hohen Sicherheitsauflagen zu erhalten und die Wiederaufbereitung von Brennelementen zu ermöglichen.

49. Marktwirtschaftliche Anreize für den Umweltschutz sind staatlich verordneten Verboten vorzuziehen.

8.1.2.8 Landwirtschaftspolitik

50. Die Reform der Agrarpolitik ist weiterzuführen und in engem Kontakt mit den Betroffenen voranzutreiben.

51. Die Schweizer Landwirte haben wirtschaftliche, ökologische und landschaftsschützerische Aufgaben zu erfüllen.

8.2 Damit Köpfe und Hände leistungsfähig bleiben: Chancen dank Bildung und familienfreundlichen Strukturen

8.2.1 Die Regeln

- Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Chance bekommen, ihre Talente zu entwickeln; im Gegenzug erwarten wir, dass sie diese Chancen auch ergreifen. (Bildungspolitik)
- Der Forschung sind gute Rahmenbedingungen zu garantieren; im Gegenzug wird von den Wissenschaftlern erwartet, dass sie die Grenzen der Freiheit erkennen. (Forschungspolitik)
- Den Familien sollen mehr Freiräume durch steuerliche Erleichterungen eingeräumt werden. Ein ausreichendes Angebot an familienergänzenden Tagesstrukturen soll auch Müttern und Vätern vermehrt die Weiterführung der Berufstätigkeit ermöglichen; im Gegenzug sind von den Familien Verantwortung in der Erziehung und die gegenseitige Bereitschaft zur Fürsorge von Eltern für Kinder und von Kindern für Eltern zu erwarten. (Familienpolitik)



Der Monopolbereich bei der Briefpost muss auf 100 g gesenkt werden.



Der Elektrizitätsmarkt ist zu öffnen.

8.2.2 Die Massnahmen

8.2.2.1 Bildung, Forschung und Innovation

52. Die kantonalen Hochschulen (Universitäten und Fachhochschulen) sowie die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen müssen besser zusammenarbeiten.

53. Auf Bundesebene ist ein Departement für Bildung und Wissenschaft zu schaffen.

54. Es braucht eine frühere Einschulung. Neben einer zweiten Landessprache ist der englischen Sprache die notwendige Beachtung zu schenken.

55. Neben der Förderung schwächerer Schüler ist auch die Begabtenförderung weiter voranzutreiben.

56. Klasse statt Masse: Die Zahl der Maturandinnen und Maturanden darf in der Schweiz nicht auf Kosten des Leistungsniveaus steigen.

57. Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler müssen zwischen den einzelnen Kantonen verglichen werden können.

58. Die Lehre bleibt wichtigster Motor der praxisorientierten schweizerischen Berufsausbildung. Sie ist laufend weiter zu entwickeln.

59. Die Grundlagenforschung ist zu stärken durch eine Auswahl der Projekte auf der Basis von anspruchsvollen Qualitätskriterien nach internationalen Standards.

60. Kooperation und Schwerpunktbildung in der teuren Grundlagenforschung ist anzustreben.

61. Regeln statt Verbote: Die FDP befürwortet sinnvolle Regeln für die verantwortungsvolle Nutzung der Gentechnologie, lehnt aber alle Moratorien in der Gentechnologie und in der Stammzellenforschung ab.

62. Der Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft muss intensiviert werden.

63. Die Vereinheitlichung des Anspruchsniveaus und der Lehrmit-

tel zwischen den Kantonen ist unabdingbar.

64. Für die Berufs- und Weiterbildung sind Bildungsgutscheine einzusetzen, damit sich Angebot und Nachfrage im Wettbewerb finden können.

65. Es braucht bessere Angebote für lebenslanges Lernen; die Weiterbildung ist z.B. durch die Akkreditierung von Weiterbildungsangeboten zu stärken.

8.2.2.2 Familienpolitik

66. Steuerabzüge für berufsbedingte Fremdbetreuung der Kinder sind einzuführen.

67. Der generelle steuerliche Kinderabzug ist zu erhöhen.

68. Ein steuerlicher Abzug für Alleinerziehende ist einzuführen.

69. Die FDP fordert eine landesweite Einführung von Blockzeiten an den öffentlichen Schulen in einem Zeitraum von spätestens vier Jahren. Nötigenfalls braucht es dazu eine Regelung auf Bundesebene.

70. Mittagstische für Schüler sind einzuführen (Betreuung während Mittagspause).

71. Tagesschulen sind einzuführen.

72. Die familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter muss ausgebaut werden.

73. Der Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen für alle erwerbstätigen Mütter wird unterstützt.

74. Flexible Arbeitszeitmodelle müssen sich auf allen Kompetenzstufen durchsetzen können, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern einfacher wird.

8.2.2.3 Jugendpolitik, Sport und Kultur

75. Die Eidgenössische Jugendsession ist zur Förderung des politischen Engagements junger Bürgerinnen und Bürger weiterzuführen.

76. Drei Lektionen Sport pro Woche sind Pflicht in den obligatorischen Schulen. Die Sportlektionen dürfen nicht als zweite oder dritte Priorität betrachtet werden.

77. Der Bund muss sich für die Organisation internationaler sportlicher Grossanlässe in der Schweiz einsetzen.

78. Die private Unterstützung der Kultur ist durch steuerliche Anreize zu begünstigen.

8.2.2.4 Medienpolitik

79. Die Werbeverbote in den elektronischen Medien sind zu lockern und den europäischen Regeln anzupassen.

80. Die umständliche Konzessionierung von privaten elektronischen Medien ist abzuschaffen und durch eine Meldepflicht zu ersetzen.



Im Bildungsbereich gilt das Motto «Lebenslanges Lernen».



Intakte Familien stärken das soziale Gefüge in unserem Land.



Im Zusammenspiel von Generationen bekommen die AHV-Bezüger eine immer grössere Bedeutung.

8.3 Damit Gesundheit und Vorsorge sicher und bezahlbar bleiben: Jetzt umsichtig handeln und Chancen bieten

8.3.1 Die Regeln

- Grosse Lebensrisiken (zum Beispiel schwere Krankheiten) sollen auch in Zukunft solidarisch abgesichert sein; im Gegenzug soll den Bürgerinnen und Bürgern mehr Eigenverantwortung zugetraut werden. (Gesundheitspolitik)
- Es müssen alle Generationen die Gewissheit haben, dass ihre Altersversorgung auch unter den veränderten wirtschaftlichen und demographischen Gegebenheiten langfristig gesichert ist. Im Gegenzug ist darauf zu bauen, dass jeder mit privater Vorsorge und besserer Ausschöpfung der Lebensarbeitszeit seinen Beitrag dazu leistet, dass die Alterssicherung in der Schweiz auch in Zukunft auf einer solidarischen Basis steht. (Soziale Sicherheit)

8.3.2 Die Massnahmen

8.3.2.1 Gesundheit

81. Der Vertragszwang zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern ist zu lockern. Wettbewerb und Zusammenarbeit in Gesundheits-Netzwerken sichert die medizinische Versorgungsqualität und drückt die Preise. Die freie Arztwahl für die Patienten muss jedoch erhalten bleiben.

82. Die Selbstverantwortung der Versicherten ist durch höhere Franchisen und einen höheren Selbstbehalt zu stärken.

83. Die FDP steht zu einem gezielten Prämienverbilligungssystem.

84. Die Spitalfinanzierung ist neu zu regeln. Die öffentliche Hand leistet neu Beiträge an die einzelnen Krankheitsfälle. Die Spitäler sind als eigenständige Unternehmen verstärkt dem Kosten- und Qualitätswettbewerb auszusetzen, was sich positiv auf die Kostenentwicklung auswirkt.

85. Der Bundesrat muss Szenarien zur Bewältigung der zunehmenden Belastung der Krankenkassenprämien durch Pflegefälle entwickeln.

8.3.2.2 Sozial- und Generationenpolitik

86. Die Schweiz braucht ein Gesamtkonzept der Sozialpolitik.

87. Die FDP steht zum 3-Säulen-System für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge.

88. Die AHV-Renten müssen auch für die nächsten Generationen gesichert werden.

89. Die berufliche Vorsorge (BVG) soll durch eine massvolle Anpassung der Eintrittsschwelle auch für Leute mit Teilzeitstellen geöffnet werden.

90. Koordination und Aufsicht der beruflichen Vorsorge (2. Säule) müssen verbessert werden, um das Vertrauen der Bevölkerung in die berufliche Vorsorge zu stärken.

« Mehr
Bürger-
sicher-
heit! »

BESSER FÜR
DIE SCHWEIZ!

www.fdp.ch

FDPO
Freiheit, Demokratie, Parteilos

Präzision und Verantwortung



Die Sicherheitspolitik wird in unserem Land von immer grösserer Bedeutung.



Der Übertritt ins Rentenalter muss flexibel gestaltet werden.

91. Die freiwillige Vorsorge (Säule 3a) muss auch für Nicht-Erwerbstätige geöffnet werden.

92. Der Übertritt in den Ruhestand muss flexibel gestaltet werden können. Nebst Möglichkeiten zur Pensionierung vor dem Regelrentenalter (65 Jahre) sollen diejenigen Personen, welche weiterarbeiten, Lücken in der Altersvorsorge schliessen können.

93. Freiwilligenarbeit ist Ehrensache.

94. In der Schweiz darf niemand durch das dicht geknüpfte soziale Netz fallen.

**8.4 Damit die Schweiz selbstbewusst und sicher bleibt:
Ein Zusammenspiel von
Aussenpolitik, Migration,
Integration und Sicherheitspolitik**

8.4.1 Die Regeln

- Die Einwanderung ist am Landesinteresse auszurichten und auf gut qualifizierte Personen zu konzentrieren, die Integration der längerfristig anwesenden Ausländer ist angemessen zu fördern; im Gegenzug ist von allen die Bereitschaft zur Integration und die Respektierung des Rechtsstaates und der hiesigen Gepflogenheiten zu verlangen. (Migrationspolitik)
- Der Staat hat die innere und äussere Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, des privaten und kollektiven Besitzes jederzeit zu gewährleisten; im Gegenzug wird von Seiten der Bürgerinnen und Bürger erwartet, dass sie ihren Solidarbeitrag im Rahmen des Milizsystems (Familie, öffentliche Institutionen [z. B. Zivilschutz, Armee]) erbringen. (Gesamt-sicherheit)

8.4.2 Die Massnahmen

8.4.2.1 Aussenpolitik

95. Die laufenden bilateralen Verhandlungen II sind im Sinne der schweizerischen Interessenspolitik und der Erhaltung grösstmöglicher Souveränität zu führen.

96. Das Engagement der Schweiz im Europarat und in der OSZE ist fortzuführen und zu verstärken.

97. In der Uno soll sich die Schweiz in den Bereichen Entwicklungshilfe, humanitäre Hilfe, diplomatische Vermittlung Guter Dienste und Menschenrechte engagieren, da sie in diesen Gebieten einen reichen Erfahrungsschatz aufzuweisen hat.

8.4.2.2 Die fünfte Schweiz / Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer

98. Auslandschweizerinnen und -schweizer sind eine Visitenkarte der Schweiz im Ausland. Ihr Wissen und ihre Erfahrung sollen auch im Inland besser genutzt werden. Die Interessen der Auslandschweizerinnen und -schweizer müssen im Parlament vertreten werden können.

99. Die Bedingungen für die aktive Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen für die Schweizerinnen und Schweizer im Ausland sind zu vereinfachen. Das e-Voting ist so rasch wie möglich einzuführen.

8.4.2.3 Innere und äussere Sicherheit

100. Die Schweiz muss sich beteiligen an friedenserhaltenden und friedenssichernden Massnahmen der Staatengemeinschaft ausschliesslich im Rahmen von Uno-Mandaten und in geographisch und wirtschaftlich in unserem Interessensgebiet liegenden Regionen.

101. Die Schweiz darf aufgrund ihrer Neutralität nicht an friedenszwingenden Massnahmen teilnehmen.

102. Die Schweiz benötigt eine Gesamtsicherheitskonzeption, welche die Anforderungen der inneren und äusseren Sicherheit festhält.

103. Armee, Zivilschutz, Polizei usw. müssen sich auf die heutigen Bedrohungen ausrichten: militärische Bedrohung, organisiertes Verbrechen, Terrorismus, Wirtschafts- und Forschungsspionage, Alltagskriminalität.

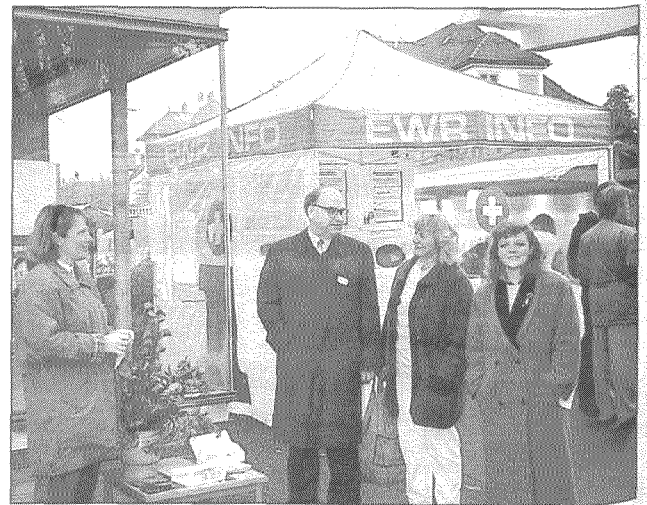
104. Auf Bundesebene ist ein Gesamtsicherheitsdepartement (Polizei und Militär) zu schaffen.

105. Armee XXI und Bevölkerungsschutz XXI sind rasch und überzeugend umzusetzen.

106. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist zu gewährleisten. Die FDP propagiert zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger ein umfassendes und differenziertes 4-Säulen-Konzept mit Prävention, Repression, Therapie und Reparation zur Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität.

8.4.2.4 Migration und Integration

107. Die Personenfreizügigkeit mit der EU ist schrittweise umzusetzen.



Zehri Jahre nach dem EWR-Nein sind die bilateralen Verhandlungen im Sinne der schweizerischen Interessenspolitik und der Erhaltung der grösstmöglichen Souveränität zu führen.



Das Gesamtsicherheitskonzept nach Armee XXI erlaubt, dass unsere Wehrmänner früher aus der Armee entlassen werden.

108. Die FDP setzt sich ein für die Ausdehnung des geltenden Personenverkehrsabkommens mit der EU auf deren neue Mitglieder. Übergangszeiten und wirksame Schutzklauseln sollen die Zuwanderung vernünftig auffangen und einen funktionierenden Arbeitsmarkt sicherstellen.

109. Die Zuwanderung aus Staaten ausserhalb der EU soll ausschliesslich unter gesamtwirtschaftlicher Perspektive erfolgen (nur qualifizierte Personen, Integrationswilligkeit ist Bedingung).

110. Die erleichterte Einbürgerung der jungen, in der Schweiz aufgewachsenen Ausländerinnen und Ausländer der 2. und 3. Generation ist umzusetzen.

111. Hilfe vor Ort ist der beste Weg, unerwünschte Migration zu verhindern.

112. Fördern und Fordern: Besonderes Gewicht bei der Integration ist auf die jungen Ausländerinnen und Ausländer zu legen. Die Schule ist ein entscheidender Faktor.

113. Wo Ausländerinnen und Ausländer nicht die gewünschte Integrationsbereitschaft zeigen, ist deren Rückwanderung anzustreben.

8.4.2.5 Asylpolitik

114. Rücknahmeabkommen für abgewiesene Asylbewerber sind mit allen wichtigen Herkunftsstaaten anzustreben.

115. Bei Rücknahmeabkommen ist die Verbindung mit der Entwicklungshilfe zu fördern. Insbesondere soll diese bei einzelnen Staaten als Anreiz in die Verhandlungen eingebracht werden.

116. Programme zur Rückkehrhilfe sollen durchgeführt werden. In Kosovo beispielsweise wurde dies erfolgreich angewendet.

117. Es müssen bessere Voraussetzungen für den konsequenten Vollzug der Rückführung von rechtskräftig abgewiesenen Asylsuchenden geschaffen werden.



Besonderes Gewicht ist bei der Integration auf die jungen Ausländerinnen und Ausländer zu legen.



Um all unsere Aufgaben zu finanzieren, kommt der Exportförderung eine besondere Bedeutung zu.

« Mehr
Bürger-
sicher-
heit! »

BESSER FÜR
DIE SCHWEIZ!

www.fdp.ch
FDPO
Freiheit und Verantwortung. Friedlich-Demokratische Partei.

118. Um die Verfahren zu beschleunigen, wird die Wiedereinsetzung von einzelrichterlichen Entscheiden bei offensichtlich unbegründeten Verfahren in der Asylrekurskommission gefordert.

119. Es ist eine Koordinationsstelle für eine einheitliche Länderbeurteilung einzurichten.

120. Die Haftgründe für abgewiesene Asylbewerber müssen ausgeweitet werden. Dies gilt insbesondere für Asylbewerber, die nicht mit den Behörden kooperieren.

121. Der Abschluss eines Parallelabkommens zum Dublin-Abkommen ist voranzutreiben. Als Insel in der EU hätte ein totales Fernbleiben von diesem Abkommen negative Auswirkungen für die Schweiz.

122. Asylsuchende, welche nicht glaubhaft darlegen können, weshalb sie keine Ausweispapiere besitzen, und ihre Identität nicht offen legen wollen, sind entweder in einen sicheren Drittstaat zurückzubringen oder in einer Gemeinschaftsunterkunft mit Minimalbe-

treuung und Freiheitsbeschränkung unterzubringen.

123. Die Schweiz soll (nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit der EU) Aufnahmezentren in sicheren Drittstaaten der Herkunftsregion errichten. Asylsuchende können dort das Asylgesuch einreichen. Die Vertriebenen mit positivem Asylentscheid sind nach der internationalen Lastenverteilung auf die Staaten zu verteilen.

8.4.2.6 Staatspolitik

124. Die Regierungsreform muss vorangebracht werden. Der Bundespräsident soll für zwei Jahre gewählt werden, um die Arbeit des Bundesrates besser zu koordinieren und um das Land besser im Ausland zu repräsentieren. Seine Aufgaben als Departementschef sollen reduziert werden.

125. Die FDP befürwortet eine Regierungsreform, welche den Handlungsspielraum und die Fachkompetenz erhöht, die Aufgaben besser verteilt und den Bundesrat gegenüber der Verwaltung stärkt.

« Mehr
Arbeits-
platz-
sicher-
heit! »

BESSER FÜR
DIE SCHWEIZ!

www.fdp.ch
FDPO
Freiheit und Verantwortung. Friedlich-Demokratische Partei.

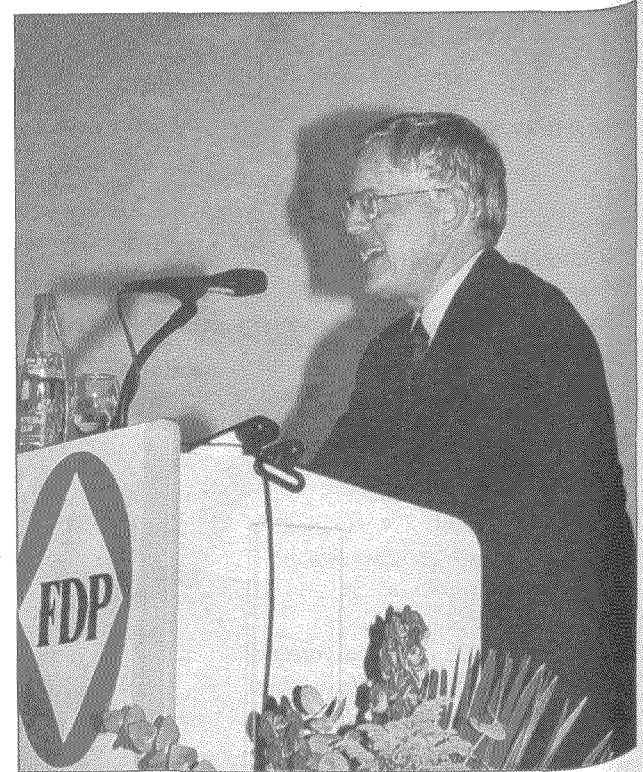
« Mehr
Renten-
sicher-
heit! »

BESSER FÜR
DIE SCHWEIZ!

www.fdp.ch
FDPO
Freiheit und Verantwortung. Friedlich-Demokratische Partei.



Die Anstrengungen im Sozialbereich von Bundespräsident Pascal Couchepin sollen mit vermehrter Selbstverantwortung mitgetragen werden...



... denn für die FDP ist es von besonderer Wichtigkeit, dass das Schweizervolk geschlossen hinter den Sparanstrengungen von Bundesrat Villiger steht.

Forschung im Dienste der Wirtschaft

Europäische Frauen-Union stellt Fachhochschule Nordwestschweiz vor

In der Fachhochschule (FH) Aargau/Nordwestschweiz fand Anfang Mai eine hochinteressante Tagung zum Thema Forschung im Dienste der Wirtschaft statt.

Von Marianne Rauber-Jaeggi, Eschenz TG

Auf Einladung der Schweizer Sektion der Europäischen Frauen-Union stellte Prof. Rolf Schaeren in einem einführenden Referat die FH Nordwestschweiz vor.

Heidi Walker-Nobs, Bern, Präsidentin der SEFU (Schweizer Sektion der 1953 gegründeten Europäischen Frauen-Union) stellte ihre Vereinigung vor. Marianne Rauber-Jaeggi, Brugg, begrüsst die aus der Schweiz und dem Ausland angereisten Anwesenden und gab ihrer Freude Ausdruck über das Konzept der künftigen FH Nordwestschweiz. In «Pole Europe», von europäischen Hochschulen, sind futuristische Vorschläge für den Campus in einer virtuellen Zusammenarbeit entstanden.

Gute Zusammenarbeit

Prof. Rolf Schaeren betonte, dass die Zusammenarbeit zwischen den gegenwärtigen Standorten Basel, Muttenz, Oensingen, Olten, Zofingen, Aarau, Windisch und Baden gut sei. Diese Zusammenarbeit bedeutet, dass in der Schweiz nur noch insgesamt 7 FH überleben

werden. Die Kantone sind Träger der FH, zahlen zwei Drittel und stellen Antrag betreffend die fachliche Ausrichtung. Die FH haben einen 4fachen Leistungsauftrag: Diplomausbildung/anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung/ Fort- und Weiterbildung sowie Dienstleistungen und Technologietransfer. Der Besuch einer FH wird möglich durch eine Berufsmaturität, für das Departement Wirtschaft wird zusätzlich 1 Jahr Praxis verlangt. Auch bei gymnasialer Maturität benötigt der Bewerber 1 Jahr Praxis. Wer keine Maturität vorweisen kann, wird zur Aufnahmeprüfung eingeladen und vorbereitet (diese entspricht in etwa dem Niveau der eidgenössischen Matura). Diese Möglichkeit steht allen offen, auch älteren Jahrgängen. Für Mütter gibt es in der Abteilung Wirtschaft einen Kinderhütendienst. Das Jahresbudget beläuft sich auf 90 Mio. Schweizer Franken brutto (Bund/Kanton/Wohnsitzgemeinde), die Studiengebühren pro Jahr/Student auf Fr. 1200.-.

Die Praxisprojekte sind Nachdiplomstudien zu Marktpreisen und stellen ein wichtiges Standbein der FH dar. Die Beziehungen zur Wirtschaft sind ein anspruchsvolles Unterfangen.

KMU sind auch Auftraggeber

Stephan Burkart, Leiter Praxistransfer, erläuterte

Ziele, Auftraggeber, Aufgabenstellung, Beispiele, Rahmenbedingungen von Praxisprojekten und Diplomarbeiten. Die Auftraggeber finden sich in der Wirtschaft (und grössere Firmen und KMU), der öffentlichen Verwaltung, in Verbänden und Non-Profit-Organisationen.

Anspruchsvolle Problemstellungen projektmässig abwickeln und Gelerntes anwenden bildet das Hauptziel. Nebenziele sind der Einblick in die Praxis von Unternehmen, Arbeitsstellen usw., Erfahrungen sammeln, verkaufen, überzeugen, Sicherheit gewinnen, üben von Teamarbeit, Kommunikation und Konfliktbewältigung. Erstrebt wird eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten. Jeder Projektauftrag wird diskutiert, beurteilt und abschliessend dem Auftraggeber präsentiert und mit ihm begutachtet. Etwas mehr als die Hälfte der Anfragen können alljährlich berücksichtigt werden, und deren Bewertung durch die Auftraggeber ist in 95% der Fälle gut bis sehr gut.

Am Beispiel Parking-Situation

Marion Weik, Betriebsökonomin FH, stellte ihre Diplomarbeit vor: Ihre Wahl fiel auf Probleme der Parking-Situation. Das junge Team bemühte sich durch Untersuchung der Situation in Städten wie Basel, Bern, Genf, Zürich gute Lösungen für Aarau zu finden. Das Team konnte seine Arbeit an der Generalver-

sammlung der Bahnhof-Parking Aarau präsentieren. Die Vorschläge zu Marketingaktivitäten, verkaufsfördernden Massnahmen, Parkleitsystem und anderes fanden offene Ohren.

Nachhaltige Unternehmensführung gewinnt an Bedeutung

Ruth Schmitt, vom Institute for Sustainable Management (nachhaltige Unternehmensführung) referierte über die immer grösser werdende Bedeutung dieser Abteilung, die ihren zukunftsgerichteten Erfolg in der Ausrichtung nach drei Leitzielen sucht: Schaffen von wirtschaftlichem Wohlstand, Stiften von gesellschaftlichem Nutzen sowie Mehren des ökologischen Reichtums. Nur ein Unternehmen, das sein Handeln konsequent an der Leitidee einer zukunftsorientierten und damit langfristig angelegten Führung, unter Berücksichtigung der legitimen Bedürfnisse und Interessen aller Anspruchsgruppen, ausrichtet, wird in den Märkten der Zukunft bestehen können. Ein Forschungsprojekt zur Nachhaltigkeitsberichterstattung: Analyse und Darstellung der Ist-Situation von Schweizer Unternehmen hinsichtlich einer integrierten Wirtschafts-, Sozial- und Umweltberichterstattung (Sustainability Reporting), besseres Verständnis der Probleme, die für eine gezielte Kommunikation mit den Aktionären noch nicht gelöst sind, mit

dem Ziel, Wege zu entwickeln, die als ersten Schritt vor allem die Identifikation der Aktionäre mit dem Unternehmen und deren Einbezug im Auge haben. Nachhaltigkeitskodex: Nachhaltige Optimierung der Unternehmenskultur, Entwicklung einer Unternehmensverfassung, von Verhaltensregeln sowie eines entsprechenden Schulungsmoduls für Mitarbeitende. Ferner die Schaffung einer gemeinschaftlichen Einrichtung, welche die Interessen der Pensionskassen gegenüber den Unternehmen, in welchen sie ihr Vermögen investiert haben, wahrnimmt.

Stefan Giger, Assistent am IFF Institut für Finanzen: Das Institut befasst sich mit anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung, z. B. zum Thema «Vermögensverwaltung in Pensionskassen». In diesem Zusammenhang und in Anbetracht der Ereignisse der vergangenen Jahre war die Grafik des MSCI-WORLD-Indexes 1971-2001, welche die weltweite Entwicklung der Börsen beinhaltet, sehr eindrücklich.

Es folgte die Beschreibung einer Studie zur Risikopolitik und Ausarbeitung einer strategischen Aufteilung von Aktiva (Asset Allocation) für eine Pensionskasse. Zunächst wurde ein Überblick erstellt über die vorhandenen Aktiva, die Risikobereitschaft und, ob Ersteres in diese hineinpasst. ■

Die beste Wahl: Sommeruniversität 2003

18.–22. August 2003 in Neuenburg

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	
Vormittag		9.00 Uhr Der Wahlkampf unter der Lupe Peter Frei, PR-Berater 10.45 Uhr Der Wahlkampf unter der Lupe Pierre Bessard, l'agefi	9.00 Uhr Workshop: Wahlkampf Leitung: Hannes Treier, Wahlkampfleiter Kanton Bern / Jean-Marie Grand, Atelier Grand	9.00 Uhr Die Agenda der Schweiz Thomas Held, Direktor Avenir suisse (angefragt) Ruedi Noser, Vizepräsident FDP	9.00 Uhr Argumentationstraining Max Lüthy, Economiesuisse Adolphe Ribordy, Confédération	
12.45 Uhr Mittagessen						
Nachmittag	Ab 13.45 Einchecken Cité universitaire 14.30 Uhr Begrüssungsapéro 15.00 Uhr Die FDP im Wahlkampf Guido Schommer, Generalsekretär Die Jungfreisinnigen im Wahlkampf Daniel Helfenfinger, Präsident jfs Wahlkampf-Finish Michael Knaus, Wahlkampfleiter TG	15.00 Uhr Workshop: Wahlkampf Leitung: Hannes Treier, Wahlkampfleiter Kanton Bern / Jean-Marie Grand, Atelier Grand	13.30 Uhr Die herbeigeredete Polarisierung. Chancen des Freisinns Hans Hirter, Politologe Universität Bern	13.30 Uhr Medientraining Christian Weber, Pressechef FDP, Ruedi Schläpfer, Redaktor «Freisinn»	<p>Die neunte Sommeruniversität der Jungfreisinnigen und der FDP Schweiz steht im Zeichen des Wahlkampfes. Geboten wird die Möglichkeit, in Workshops unter der Leitung eines professionellen Coachs Massnahmen für den Wahlkampf-Finish auszuarbeiten. Geschult wird an der Sommeruniversität auch die Fähigkeit, mit Medien wirksam zu arbeiten. Mit der «Agenda der Schweiz» werfen wir einen Blick über den Oktober 2003 hinaus auf die drängenden politischen Herausforderungen des Landes. Und mit dem Politologen Hans Hirter werden die Chancen des liberalen Pöls in der schweizerischen Parteienlandschaft erörtert.</p>	
Abend		17.00 Uhr Stadtführung mit SR Michèle Berger	18.00 Uhr Besuch eines Unternehmens			

Anmeldetalon

Sommeruniversität 2003
18.–22. August 2003 in Neuenburg

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Tel./Fax: _____

E-Mail: _____

Meldet sich definitiv an für (Zutreffendes bitte ankreuzen – Sie erhalten eine Anmeldebestätigung mit Einzahlungsschein!)

- die Sommeruniversität, vom 18. bis zum 22. August 2003 (im Teilnehmerbeitrag von Fr. 250.– sind neben der Seminarteilnahme fol-

gende Leistungen inbegriffen: Einzelzimmer mit Dusche und WC im Studentenwohnheim NE / Halbpension)

- selbständige Anreise per Bahn
 selbständige Anreise per Auto

Bemerkungen: _____

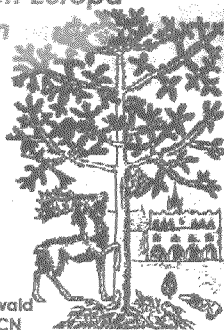
Anmeldeschluss: Donnerstag, 31. Juli 2003 (Achtung, beschränkte Teilnehmerzahl!)

Die Anmeldung ist zu richten an: Generalsekretariat FDP Schweiz, Sommeruniversität, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax 031 320 35 00, E-Mail: henggi@fdp.ch

Für Fragen: 031 320 35 20 oder henggi@fdp.ch

Natur und Kultur in stimmungsvoller Mischung, bezaubernde
Komfort-Rundreisen im 'Neuen Europa'
Böhmen, Mähren, Tatra, Polen

- leichte und grössere Wanderungen
- täglich Varianten frei nach Wunsch
- seit Jahren bewährte Programme
- oft weit abseits der Touristenströme
- perfekte Organisation
- begeisterte Gäste (Referenzen)



**Märchenwälder
und Renaissancestädte**

mit dem alt Stadtforschermeister von Zürich / Sihlwald
Andreas P. Spelch, Forstingenieur ETH / SIA / IUCN

27. Juni - 13. Juli und **Urwald**
25. Juli - 10. August 2003
In Europa entdecken

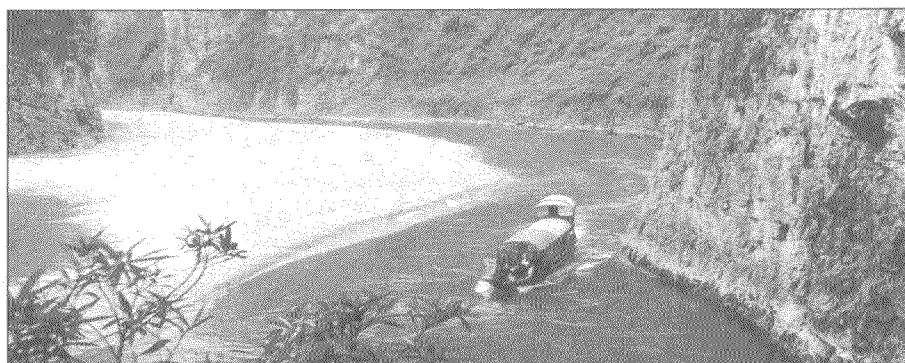
Beeindruckende, sonst nicht zugängliche Urwaldreservate in Böhmen und Mähren, die reizvollen Renaissance-Städtchen Cesky Krumlov und Telc, auf Bärenpfaden im Tatra-Nationalpark mit dem früheren Nationalparkdirektor Prof. Dr. Voloscuk, mit Flössergesellen auf dem Fluss Dunajec, ein Geheimer Lindenuwald in Polen, die allehrwürdige Königs- und Universitätsstadt Krakow, auf Kutschen und zu Fuss tief in den Bialowieza-Urwald in Nordostpolen, persönlich mit dem Nationalparkdirektor Dr. Okolow, dem verdienten Hüter dieses Welt-Naturerbes, harmonische, weite Landschaften, wunderschöne déjeuners sur l'herbe an verträumten Orten, das renommierte, klassische Jasha Liebermann Trio spielt privat für uns altjüdisch-polnische Kompositionen, Joanna Lawrynowicz, ein aufgehender Chopin-Star spielt privat für uns in unserer Schlossresidenz Radziejowice... und vieles mehr, 17 Tage pauschal Fr. 5'550.-, Einzelzimmer/ Einzelabteil im Schlafwagen + Fr. 740.-, alles inbegriffen ab CH-Wohnort, Freitagabend mit 1. Kl.-Schlafwagen ab Zürich, ab St. Pölten modernster Luxusbus (mit WC), Kopfhörer für diskreten Musikgenuss im Bus, 2 Sitze pro Gast, beste Hotels, Rückflug SWISS ab Warschau.

Noch wenige Plätze frei. Gerne senden wir Ihnen unseren Prospekt:
Wir freuen uns, Sie zu verwöhnen! www.silvatur.ch
Silvatur reisen Postfach 74 CH-8800 Thalwil
Tel. 043 366 91 13 Fax 043 366 91 14 E-mail: travel@silvatur.ch

Einige freie Plätze auf China-Reise

Die exklusive 15-tägige China-Reise mit Peter Achten wurde auf Grund der «SARS»-Fälle neu auf Herbst gelegt. Auf Grund der Verschiebung wurden auf der ausgebuchten Reise 8 Plätze frei. Sie findet neu vom 26. September bis zum 11. Oktober 2003 statt und kostet pro Person Fr. 7750.-.

Anmeldeunterlagen erhalten Sie bei Herrn Gränicher der Firma cotravel in Allschwil BL (061 308 33 00) oder via Internet bei cotravel@cotravel.ch.



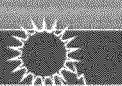
3 Tage Yangtse-Kiang-Kreuzfahrt inklusive.

**Auch für die FDP-Aletschtour
(siehe letzte Seite «Schweizer Freisinn» Nr. 5)
vom 26./27. Juli 2003 hat es noch einige Plätze frei!**

FRÜHLING



SOMMER



HERBST



WINTER



Der «return on investment» ist Ihnen garantiert!

Mehrwerte für Mieterschaft und
Hauseigentümer: Mit der Balkon-
verglasung von COVER
werden schlecht
genutzte «Putzbalkone»
zu attraktiven Ganzjahres-
Freizeiträumen. COVER –
Ihre Rechnung geht auf!



COVER®
BALKONVERGLASUNG

SIO AG · Rötzmattweg 66 · CH-4603 Olten
Tel. 062 207 07 07 · Fax 062 207 07 00
Infos im Internet: www.cover.ch

Gutschein Gratis-Video:

Schicken Sie mir gratis den Film
«Die vier Jahreszeiten mit COVER»
■ als Video ■ auf CD-ROM.

Vorname _____

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Rosina Wachtmeisters Frühlingsgarten

Rosina Wachtmeister lebt in einem romantischen Dorf bei Rom ein naturverbundenes Leben. Von Ihrem Atelier wandert der Blick auf den verwunschenen Garten, wo ihre geliebten Katzen zwischen Blumen und hohem Gras nach Schmetterlingen haschen. Dieses heitere Szenario ist für die Künstlerin zu jeder Tages- und Jahreszeit eine nie versiegende Quelle der Inspiration.

«Glück»

Original-Lithographie von 6 Steinen in 6 Farben, mit Goldfarbe veredelt, limitierte Auflage 250 Exemplare, nummeriert und handsigniert. Format ungerahmt 76 x 57 cm

ART 200 470 017

Subskriptionspreis Fr. 760.–
statt später Fr. 870.–

In echt Weissgoldrahmen, von Hand, über Eck blattvergoldet, mit Schrägschnittpassepartout. Format gerahmt 91 x 71 cm

ART 200 470 017 WG

Subskriptionspreis Fr. 1280.–
statt später Fr. 1450.–

Vase «Romantico» →

Mit Ornamentkante. Limitierte nummerierte Weltauflage. 5000 Exemplare.

Format 16 x 24 x 10 cm (BxHxT).

ART 200 551 005

Fr. 169.–

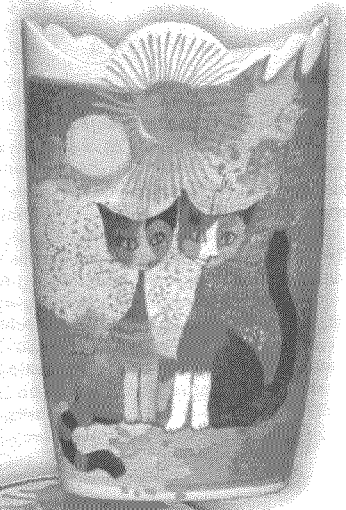
Wandteller «Romantico» →

Limitierte nummerierte Weltauflage. 4000 Exemplare.

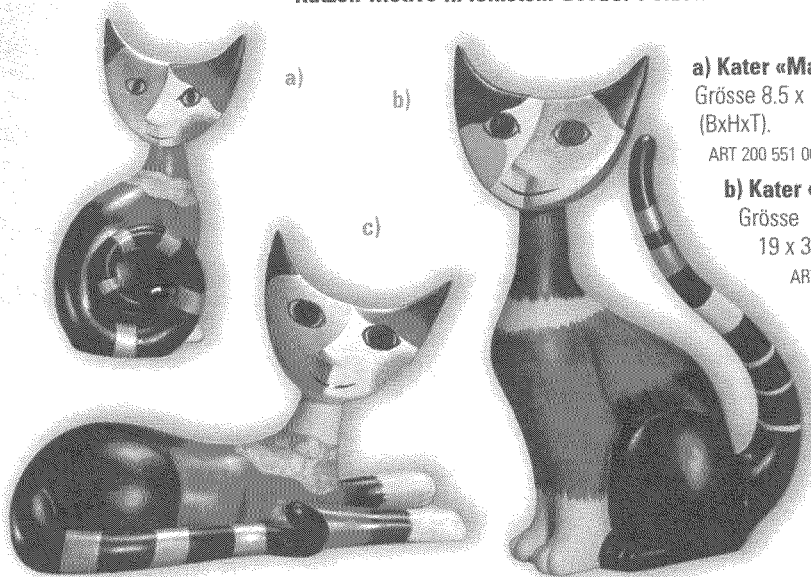
Durchmesser 32 cm.

ART 200 551 004

Fr. 129.–



Katzen-Motive in feinstem Goebel-Porzellan



a) Kater «Massimo»

Grösse 8.5 x 17.5 x 7.5 cm (BxHxT).

ART 200 551 002 Fr. 98.–

b) Kater «Leonardo»

Grösse 19 x 30 x 10 cm (BxHxT).

ART 200 551 001

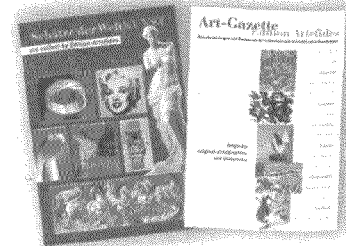
Fr. 158.–

c) Kater «Amico»

Grösse 26 x 17 x 12 cm (BxHxT).

ART 200 551 003 Fr. 134.–

Unser Frühlings-Angebot für Sie:
alle 3 Porzellan-Katzen zusammen
Fr. 368.– statt Fr. 390.–



Bestellcoupon für «Schweizer Freisinn»-LeserInnen

Ja, ich bestelle mit 14-tägigem Rückgaberecht:

Rosina Wachtmeister «Glück», Original-Lithographie

- ART 200 470 017 ungerahmt statt Fr. 870.– Fr. 760.–
 ART 200 470 017 WG gerahmt statt Fr. 1450.– Fr. 1280.–

Ornamentvase «Romantico» ART 200 551 005 Fr. 169.–

Wandteller «Romantico» ART 200 551 004 Fr. 129.–

Porzellan-Katze «Massimo» ART 200 551 002 Fr. 98.–

Porzellan-Katze «Leonardo» ART 200 551 001 Fr. 158.–

Porzellan-Katze «Amico» ART 200 551 003 Fr. 134.–

Alle 3 Porzellan-Katzen zusammen statt Fr. 390.– Fr. 368.–

Preise inkl. MWST, zuzügl. Versand- und Versicherungsanteile (mind. Fr. 9.80)

Name _____ Vorname _____

event. c/o _____

Str./Nr. _____

PLZ/Ort _____

(für allfällige Rückfragen
Tel. betreffend Auslieferung) P: _____ G: _____

Datum _____ Unterschrift _____

Einsenden an: **Edition Artefides**, Alpenstrasse 1, 6004 Luzern
oder via Fax 041 417 20 51, Telefon 041 417 20 50.

Gratis für Sie. Ich bin an Kunst interessiert,
bitte senden Sie mir Ihre Kataloge

